

Der Oberschlesier.

Oberschles. Wochenchrift. — Erscheint jeden Sonnabend. — Freie Aussprache für alle Oberschlesier.

Sonnabend, 17. Januar 1920.

Einzelnummer 20 Pfg. Postbezug monatlich 85 Pfg., vierteljährlich 2,70 Mk. einschließlich Bestellgeld. Verlag und Schriftleitung: „Der Oberschlesier“ Oppeln, Bismarckstraße 11 II. Fernruf 98. Postfachkonto Breslau I 29595

Nummer 3. 2. Jahrgang.

Inhalt: Die Wohnungsnot und Wege zur Abhilfe. Von G. S. — Die Verhältnisse in Oberschlesien und ihre Grundlage. Von Dr. S. — Die Leibeskräfte in Oberschlesien. Von Geheimrat Biffa. — Wiedergutmachung? Von Geheimrat Biffa. — Polens Außenpolitik. Von Sinitimus. — Zur kommenden Befehung. Von Weilmann. — Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft. Von Dr. Adamiec. — Von oberchlesischen Bühnen. Von R. B. — Ein Professor Fr. W. Foerker. Von Kaczmarek. — Neujahrsgruß an das Hultschiner Ländchen. Von einem Hultschiner. — Offener Brief an Herrn Kreisarzt Dr. Mallich in Pleß. Von Pamlowski. — Herr Dr. Latacz als Antwort. — Die Neuordnung der Strafvollst. Von Erich Waridauer. — Nachdenkliches zur oberchlesischen Frage aus dem Leben und Wirken eines zweisprachigen oberchlesischen Lehrers. Von Przyklenk. — Weniger Knüppelpädagogik. Von K. — Oberchlesische Sportnachrichten. — Familiennachrichten.

Die Wohnungsnot und Wege zur Abhilfe.

Angeichts der Wohnungsnot, die infolge der Einstellung der Bau Tätigkeit während der Kriegszeit eingetreten ist, beschäftigen sich Reichs- und Staatsregierung, kommunale Selbstverwaltungen und Bau- und Wohnungsvereine mit der Frage der Beseitigung dieses großen Ubelstandes. Der einzelne Privatmann sieht zur Zeit trotz der seitens des Reichs, des Staates und der Gemeinden in Aussicht gestellten Übersteuerungszuschüsse regelmäßig von einem Wohnbaubau ab, weil ihm die für die Gewährung des Baufostenzuschusses gestellten Bedingungen zu schwer erscheinen. Auch wird seitens der Regierung vornehmlich der Flachbau gefördert, weshalb die Gewährung des Zuschusses mehrfach von der Wahl dieser Bauweise abhängig gemacht wurde. Der Flachbau aber erweist sich, wenigstens für die meisten Ortsteile des oberchlesischen Industriebezirks, wegen der hohen Grundstückspreise regelmäßig als unrentabel. So werden es in Oberschlesien neben den Städten und Gemeinden vor allem die Werkverwaltungen sein, denen größtenteils die Lösung des schwierigen Problems zufallen wird.

Um sich ein Urteil darüber bilden zu können, was etwa noch gechehen kann, dürfte es angebracht sein, auf die im oberchlesischen Industriebezirk während der letzten Jahrzehnte vor dem Kriegsausbruch seitens der Werkverwaltungen getätigten Wohnungsfürsorge einen kurzen Rückblick zu werfen. Gerade im Industriegebiet macht sich ja der Wohnungsmangel ganz besonders geltend.

Wie die Industrie, deren gewaltiger Aufschwung das außerordentlich rasche Anwachsen der Bevölkerung zur Folge gehabt hat, in erster Reihe berufen erschien, das Wohnungsbedürfnis der für sie tätigen Arbeiter und Angestellten zu befriedigen, so hat diese für die Beschaffung geeigneter Arbeiter- und Beamtenwohnungen auch ganz besonders angelegen sein lassen. Interessant und verdienstlich sind die diesbezüglichen Erhebungen und Mitteilungen, die der Berg- und Hüttenmännische Verein durch Bergassessor Kurt Seidl zum 12. Bergmannstage 1919 in Breslau veranlaßt hat. Aus ihnen ergibt am deutlichsten, wie die oberchlesische Montan-Industrie ihre Aufgabe, durch Schaffung gesunder und billiger Wohnungen das materielle und sittliche Wohl des Arbeiters zu fördern in immer vollkommener Weise zu lösen bestrebt gewesen ist.

Die ursprüngliche Form der Arbeiterwohnungs-fürsorge durch die großindustriellen Arbeitgeber dürfte die Gewährung einer Werkbeihilfe beim Bau des Arbeiterwohnhauses durch den Arbeiter selbst gewesen sein. Bis zum Jahre 1890 waren mit Werkbeihilfe von Arbeitern 1769 Häuser mit zusammen 11 135 Familienwohnungen erbaut worden. In Unterstützung zwecks Errichtung von den Arbeitern selbst gehörigen Wohnhäusern waren bis zu dem genannten Jahre 965 700 Mark aufgewendet worden. Dieses System der Arbeiterwohnungs-fürsorge hat sich infolgedessen nicht bewahrt, als trotz der ihnen werksseitig gewährten finanziellen Unterstützung noch Geld aufnehmen mußten, vielfach nicht kapitalkräftig genug waren, die Häuser zu halten. Ob dies der ausschließliche oder auch nur vorwiegend der Grund für den Besitzwechsel war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls wurden die Häuser zum großen Teile seitens ihrer ersten Besitzer veräußert. Im Jahre 1912 wurden nur noch 1233 Beihilfshäuser festgesetzt mit 5615 Wohnungen, von denen sich nicht mehr als 604 im Besitz von Berg- und Hüttenarbeitern befanden, während 1890 noch mehr Beihilfshäuser als von den Gewerkschaften erbaute Häuser vorhanden gewesen waren. Im letzten Jahre war noch die reichliche Hälfte der Arbeiterwohnungen in Beihilfshäusern gelegen, 1912 dagegen der Anteil dieser Wohnungen von der Gesamtzahl der Arbeiterwohnungen auf 1250, also auf den achten Teil, heruntergegangen.

Was die Unterbringung der Arbeiter in nicht den Arbeitern gehörigen Häusern anbetrifft, so erfolgte diese durch die Werkverwaltungen zum großen Teile in von den Werken gebauten oder gekauft, zu einem kleinen Teile allerdings auch in gemieteten Häusern. Bis zum Jahre 1890 hatten die Werke gebaut bzw. gemietet 1699 Häuser mit insgesamt 11 060 Wohnungen. Im Jahre 1912 waren von den Werken gebaut oder gekauft 4411 Häuser mit 31 552 Wohnungen, gemietet 421 „ „ 4 637 „ „ zusammen 4832 Häuser mit 36 189 Wohnungen.

Die Zahl der in gewerkschaftlichen Häusern untergebrachten Arbeiter hatte 1890 betragen 9941, so daß sich für jene Zeit eine Belegung der gewerkschaftlichen Arbeiterwohnungen von 90% ergibt. Im Jahre 1912 wohnten in den damals vorhandenen 36 189 gewerkschaftlichen Wohnungen 31 293 Arbeiterfamilien; die Wohnungen waren also nur zu 87% von der Arbeiterfamilie in Anspruch genommen. Da die Anzahl der verheirateten Arbeiter 1890 sich auf 47 673 belief, so machten die damals in den gewerkschaftlichen Häusern untergebrachten 9941 Familien 21% aller Arbeiterfamilien aus; kaum aber war vorhanden für 11 060 oder 23% der Verheirateten. Im Jahre 1912, in welchem die Anzahl der verheirateten Industriearbeiter 105 277 betrug, waren davon in gewerkschaftlichen Häusern 31 273 oder 30% untergebracht; 36 189 d. h. 34% hätten aber darin untergebracht werden können.

Die Gesamtzahl der 1912 in den gewerkschaftlichen und den Beihilfshäusern zusammengekommen vorhandenen Wohnungen betrug 40 453, in denen 38% aller verheirateten Industriearbeiter Unterkunft finden konnten. Während also im Jahre 1890 erst jeder fünfte verheiratete Arbeiter eine Industriewohnung erhalten konnte, vermochte 1912 bereits jeder dritte verheiratete Arbeiter in einer solchen Wohnung unterzukommen. Außer den Arbeiterhäusern waren im letztgenannten Jahre auch Beamtenhäuser durch die Gewerkschaften in größerer Anzahl errichtet und so insgesamt 44 668 Wohnungen von den Werken für ihre Arbeiter und Angestellten bereit gehalten. So hatte sich in der Zeit von 23 Jahren die Zahl der werksseitig beschafften Wohnräume vervierfacht und relativ, bei Berücksichtigung der Zunahme der Zahl der verheirateten Arbeiter verdoppelt. Dieser Umstand und ferner die Tatsache, daß in jener Zeit das Angebot von gewerkschaftlichen Wohnungen größer war als die Nachfrage, beweist zur Genüge die umfassende Fürsorge der oberchlesischen Montan-Industrie für die Arbeiterfamilien auf dem Gebiete des Wohnungswesens.

Die Fürsorge hat in gleicher Weise wie dem verheirateten aber auch dem ledigen Arbeiter gegolten. Bei den Erhebungen im Jahre 1890 waren noch 8762 = 27,6% Quartiergänger unter der ledigen Arbeiterfamilie gezählt worden. In gewerkschaftlichen Schlafhäusern waren 1863 d. h. 5,8% untergebracht und 2 422 = 64% der ledigen Arbeiter wohnten bei ihren Eltern. Im Jahre 1912 hatte sich die Zahl der Quartiergänger, die man auch behördlicherseits einzuschranken bemüht war, auf 5838 verringert. Allerdings sind die Erhebungen in dem bez. Jahre, soweit sie die ledigen Arbeiter betreffen, insofern nicht vollständig, als sie sich nur auf 28 von 31 vorhandenen gewesenen Verwaltungen bezogen haben. Während insgesamt 72 691 ledige Arbeiter beschäftigt waren, konnten bei der Wohnungstatistik nur 61 424 berücksichtigt werden. Von dieser Gesamtzahl der Unverheirateten machten die damals ermittelten Quartiergänger nur noch 9,5% aus. Die Zahl der in Schlafhäusern aufhältlichen Arbeiter war auf 13 247 = 21,6% gestiegen. Bei den Eltern wohnten 39 090 oder 63,6% und einen eigenen Hausstand führten 3249 = 5,3% der ledigen Arbeiter. Dank der Fürsorge durch die Arbeitgeber für ihre Arbeiter hatten 1912 auch die Ledigen nahezu vollständig ein zweckentsprechendes Unterkommen, und nur noch ein knappes Zehntel war auf die in hygienischer und moralischer Hinsicht zu beanstandende Unterkunft im Privatquartier angewiesen.

Auch dafür, daß der Arbeiter sich in einem zu seiner Wohnung gehörigen Garten und auf einem ihm pachtweise überlassenen Stück Ackerland das für seine Familie benötigte Gemüse, Kraut, Kartoffeln oder doch wenigstens einen Teil seines Bedarfs selbst anbauen

konnte, haben die Werkverwaltungen in immer ausgedehnterem Maße gesorgt. Sicher sind gerade auf diesem Gebiete der Wohlfahrtsbestrebungen bis in die jüngste Zeit allerorts bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Auch im Jahre 1912 hatten nach den damaligen Erhebungen 15 Verwaltungen 20 760 Mar Gartenland zur Verfügung gestellt. In der Regel gehörte zu jeder Wohnung in den Gewerkschaftshäusern ein kleiner Garten von 100, gelegentlich 200 oder 300, selbst 500 und mehr Quadratmetern. Es befanden sich bereits damals von 112 000 Beamten und Arbeitern mit eigenem Hausstand etwa 15 000 bis 20 000 im Genuß von Gartenland. Und fast ausnahmslos wurde der Garten unentgeltlich überlassen. Ja, die Verwaltungen bemühten sich des weiteren in großer Zahl, das Interesse der Arbeiterfamilie für die Gartenpflege zu wecken und zu heben. Auf die bestgepflegten Gärten wurden Prämien ausgesetzt.

Was die Acker-nutzung anbetrifft, so hatte im Jahre 1912 von den Werkverwaltungen der weitaus größte Teil, nämlich 25, die zusammen gegen 100 000 verheiratete Arbeiter beschäftigten, 45356,12 ha ihren Arbeitern verpachtet. Auf die Arbeiterfamilie entfiel also eine Fläche von 4,36 a. Der Gesamt-pachtvertrag der an die Arbeiterfamilien überlassenen Ländereien belief sich auf 197 800 Mar, also auf 0,45 Mar für den ar und blieb um mehr als die Hälfte unter dem ortsüblichen Pachtzins. Die Werke verzichteten so auf jährlich 200 000 Mar Pacht-Einnahme zu Gunsten ihrer Arbeiterfamilie. Daß sich diese Summe bei der von Jahr zu Jahr umfangreicheren Vergebung von Pachtstücken seitens der Werke an die Arbeiterfamilie wesentlich erhöht hat, ist offensichtlich. Ganz besonders hat sich diese Maßnahme während der Kriegszeit als segensreich erwiesen, in der die Preise für Feld- und Gartenfrüchte so außerordentlich gestiegen sind.

Daß die Ausgabe der Industrie auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungs-wesens recht hoch gewesen sein müssen, ist bei der großen Zahl der bereit gestellten Wohnungen von vornherein einleuchtend. Die Gesamtausgaben für Bereitstellung von Arbeiterwohnungen (einmalige und laufende) haben in den 10 Jahren 1902 bis 1911 die gewaltige Summe von 92 746 860 Mar erreicht. Nur 11 Werke bzw. Gesamtverwaltungen waren in der Lage, die einmaligen und laufenden Ausgaben, die für besagte Zwecke in jedem der 10 Jahre gemacht wurden, gloriend anzugeben. Auf diese 11 Verwaltungen entfallen 41% (750%) der nachgewiesenen Arbeiter und Beamten und 44% (40%) Millionen Mar) der für den zehnjährigen Zeitraum nachgewiesenen Gesamtausgabe für Beschaffung und Unterhaltung von Arbeiter- und Beamtenwohnungen.

Die jährlichen Ausgaben (einmalig und in laufenden Rechnungen) bei den inbetracht gezogenen 11 Werken betragen:

1920 . . .	2 116 662 M	1907 . . .	3 060 365 M
1903 . . .	2 522 592 "	1908 . . .	3 422 003 "
1904 . . .	3 521 002 "	1909 . . .	6 232 522 "
1905 . . .	3 244 592 "	1910 . . .	5 003 484 "
1906 . . .	2 475 058 "	1911 . . .	8 877 254 "
Summe 1902 bis 1911 = 40 479 534 Mar.			

Die Aufwendungen während der drei Jahre 1909 bis 1911 waren so hoch, wie die Aufwendungen in den sieben vorhergehenden Jahren zusammengekommen. Wenn man annimmt, daß seitens der Werkverwaltungen, welche die jährlichen Ausgaben für die gedachten Zwecke gloriend anzugeben nicht in der Lage waren, Ausgaben in dem gleichen Verhältnis wie für das ganze Jahrzehnt festgestellt worden, gemacht sein dürften, so ergibt sich für jedes der 3 Jahre 1909, 1910 und 1911 eine durchschnittliche Gesamtausgabe der oberchlesischen Montan-Industrie von 14,25 Millionen Mar für die Wohnungsfürsorge.

Sinnsföhllich der Größe der gewerkschaftlichen Arbeiterwohnungen ist zu bemerken, daß Wohnungen von 1, 2, 3, auch 4 Räumen in den Gewerkschaftshäusern des oberchlesischen Industriebezirkes angetroffen werden. Die alten, häuerlichen Wohnungen weisen eine Höhe von 2 Meter oder wenig darüber auf; die gewerkschaftlichen sind, wenigstens die neueren 2,8 Meter hoch und höher. Selbst die Zweizimmer-Wohnung (Stube und Wohnküche) stellt mit zugehörigem, meist zweietagigem Stöckchen, Keller, Treppenboden und Anspruch auf Mitbenutzung einer gemeinschaftlichen Waschküche bereits ein ansehnliches Wohn-Ganzes dar. Nichtsdestoweniger haben sich die Werke mit der im allgemeinen dem Bedürfnis des oberchlesischen Berg- und Hüttenmannes entsprechenden Zwei-Zimmerwohnung nicht begnügt, sondern bauten in

großer Zahl Dreiraume, nicht selten auch Vierraume-Wohnungen. Häufig gewährt sie den Arbeitern in der ersten Zeit der Ehe eine kleinere Wohnung und späterhin, mit dem Heranwachsen der Kinder, die Wohnung von 3 oder 4 Räumen.

Im Jahre 1912 waren von allen damals ermittelten Arbeiterwohnungen nur 8,7% Einzimmer-, 24,7% Zweizimmer- und 15% Dreibzimmer-Wohnungen. Hatte die Erhebungen im Jahre 1890 insoweit noch nicht ein gleich günstiges Ergebnis gehabt, so war doch auch bereits damals festgestellt worden, daß zwei Drittel aller verheirateten Arbeiter im Kreise Beuthen (Stadt und Land) und in den nördlichen Teilen der Kreise Kattowitz und Zabrze wohnten. In diesen Kreisen aber bestand der bei weitem größte Teil aller Wohnungen aus zwei Zimmern.

Auch in der Bauausführung war man auf Fortschritt und Verbesserung bedacht, indem man z. B. Koch- und Spülküchen in den Wohnküchen vorrath und die Küche vom Treppentritt durch besondere Vorkehrungen abtrennte. Insbesondere wurde man durch Anordnung von Mäusen und Loggien dazu gebracht, ein gesundes Wohnen zu ermöglichen. In ästhetischer Hinsicht trugen im Gegensatz zur Schandlosigkeit und Gleichförmigkeit der früheren Bauten in den Bauformen, im Grundriß und in der Fassadengliederung sowie im Aufbau des Daches Abwechslung und Geschmack zu Tage, so daß schon das Äußere der Arbeiter-Siedlungen und Kolonien einen freundlichen und anmutigen Anblick gewährte.

Der größte Vorzug der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorge aber ist der, daß dem Arbeiter das

Wohnen verbilligt

wurde. Wenn im großen Durchschnitt die Jahresmiete für die Wohnung des Industriearbeiters in Oberschlesien im Jahre 1912 nur etwa 100 Mark betrug, so ist ein so niedriger Mietszins, insbesondere in Berücksichtigung des Gebotenen kaum anderswo erreicht worden. Bei einem Durchschnittslohn des männlichen Montanarbeiters von 1233 Mark in dem angegebenen Jahre machte die Miete nur 8,1% des Jahreseinkommens aus. Da sie 1890 etwa 8,6% des Arbeitseinkommens betragen hatte, so hatte trotz der Verbesserung in den Wohnverhältnissen der Prozentsatz, mit dem die Miete das Jahreseinkommen des Arbeiters belastete, sich eher verringert als erhöht. In Berlin betrug die Miete des Arbeiters in der gleichen Zeit 24,7%, in Breslau 20% seines Arbeitseinkommens. (Schluß folgt)

Die Verständigung in Oberschlesien und ihre Grundlage.

Der „Oberchlesier“ hat sich die schöne Aufgabe gesetzt, durch freie Aussprache aller Parteien in Oberschlesien eine gegenseitige Verständigung, namentlich zwischen Polen und Deutschen, anzubahnen. Zwar ist er ein deutsches Unternehmen und läßt die Polen nur zu Worte kommen, um seine deutschen Anhänger dialektisch zu schulen; aber gerade das macht ihn auch für uns Polen äußerst interessant.

Von Verständigung ist in jeder Nummer lang und breit geschrieben worden; aber praktisch ist davon noch immer nichts zu merken. Woher kommt das, da es doch an gutem Willen offenbar nicht fehlt? Um nicht unnütze Luststreife zu führen, muß man sich auf beiden Seiten klar bewußt werden, worüber man sich denn eigentlich verständigen will. Und da ist zu sagen: Eine Verständigung über die Zukunft Oberschlesiens, d. h. über jene politische Zugehörigkeit kommt nicht in Betracht, da ja darüber die Volksabstimmung entschieden wird, auf die weder Polen noch Deutsche verzichten wollen. Jedes Gerede oder Geschreie darüber hat nur den Zweck, der Agitation für Polen oder Deutschland. Auch die Verfechter des Freistaates sind verkappte Anhänger Deutschlands; darüber ist weiter kein Wort zu verlieren.

Es bleibt also nur die Verständigung in Oberschlesien übrig zwischen all denen, die auf jeden Fall in ihrer Heimat bleiben und hier in Frieden leben wollen. Diese Verständigung ist möglich und wird von beiden Seiten herbeigesehnt. Bedingung ist freilich: reifliche Gleichberechtigung und gebührende Berücksichtigung der nationalen Interessenverhältnisse: Jedem das Seine! nicht jedem dasfelbe! Und das fällt den Deutschen richtig schwer, weil sie in diesem Falle von ihrem gegenwärtigen Besitzstand an Rechten vieles an die Polen abtreten müssen.

Nach der letzten unbefangenen Volkszählung vom 1. Dezember 1910 waren in dem Abstimmsgebiet von den 2.028.622 der Gesamtbevölkerung 1.162.948 polnisch, und wie gesagt, die rein deutschen Kreise Reisse, Grottau und Zalkenberg nicht mitgerechnet, 712.310 deutsche. Deutsch und polnisch, oder, wie man jetzt zu sagen beliebt, „oberchlesisch“ waren nur 87.951 (vergl. Gemeindeflexikon, Seite VI, Seite 105). Auf diese statistischen Zahlen muß sich jede Debatte über Verständigung in Oberschlesien stützen, wenn nicht etwa eine neue, völlig freie Volkszählung verlangt wird, die sicher nicht zu Ungunsten der Polen ausfallen würde. Wenn man nun obigen nationalen Tatbestand im Auge behält und die verschiedenen deutschen Ausführungen im „Oberchlesier“ liest, kann man interessante Studien über die deutsche Mentalität anstellen.

1.

In Nummer 10 schreibt Herr Kunze aus Oppeln: „Freiheit und Gleichberechtigung auf allen Gebieten. Die deutschen und die polnischen Oberchlesier sollen in einem vornehmen Wettkampf zeigen, was sie auf kulturellem Gebiete zu leisten imstande sind.“ Das wäre wirklich ideal, und die heiß ersehnte Verständigung wäre schon da, wenn — ja, wenn obige Worte keine leere Phrase wären. Wie kann man denn die Polen zu einem „vornehmen“ Wettkampf herausfordern, nachdem man sie 50 Jahre lang systematisch in nationaler Unterernährung gehalten hat, während gleich-

zeitig das Deutschland üppig gefüttert wurde? Ist ein „vornehmer“ Wettkampf unter Ehrenmännern überhaupt anders denkbar, als unter völlig gleichen Bedingungen? Macht sich der nicht lächerlich, der sich mit einem sechsfüßigen Revolver in der Hand seiner Überlegenheit brüsst über einen armen Teufel, der nur einen Knüttel hat? Zunächst schaffe man „Freiheit und Gleichberechtigung auf allen Gebieten“, dann wollen wir Polen den Wettkampf schon aufnehmen. Wenn aber die Deutschen auf der Chaussee im Automobil fahren und wir Polen im holprigen Straßenwagen zu Fuß nebenherlaufen sollen, dann verzichten wir auf den „vornehmen“ Wettkampf.

„Ja, das war unter der alten Regierung“, höre ich es von allen Seiten rufen, „unter der neuen soll alles anders werden“. Die Vorkämpfer hör ich wohl; allein, mir fehlt der Glaube. Die neue Regierung scheint ebenso polenfeindlich zu sein, wie die alte; sonst hätte sie auf dem Wege zur nationalen Gleichberechtigung schon etwas mehr unternommen, als ein paar unbeduldsame Schritte. Weit schlimmeres wird's nicht gemacht und mit der Komödie des gegenwärtigen polnischen Sprachunterrichts in der Schule auch nicht. Das kommt uns vor, wie ein abgenagter Knochen, den man einem Hunde vorwirft. Für denartige „Gleichberechtigung“ haben wir nur ein mitleidiges Lächeln.

„Ja, habt nur Geduld, bedenk die unüberwindlichen Schwierigkeiten, da müssen Jahre vergehen, ehe die Lehrer fertig sind“. Ja, ja, auf die Herren Lehrer, denen während der langen Kriegs-, Kälte- und sonstigen Zeiten offiziell nie eine Gelegenheit geboten wurde, polnisch zu lernen, müssen wir natürlich Rücksicht nehmen. Sehr jungen sie ja langsam an sich in der Vereinigung zweisprachiger Lehrer zu organisieren, und in Zabrze haben sie schon selbst einen Sprachkursus im Polnischen eröffnet, wenn auch die Regierung ein laures Gesicht dazu macht und viele Kollegen sie als Berater anseht. Eine vollständige Beherrschung der polnischen Sprache ist eben für die Lehrer in Oberschlesien eine einfache Berufspflicht. Wenn's nicht paßt, mag sich ein anderes Wirkungsfeld aussuchen.

Im verfloffenen Jahre hat man auch in oberchlesischen Lehrerkreisen des Pädagogen Willmann siebzigsten Geburtstag gefeiert. Aber von Willmanns Geist haben hier sehr viele Lehrer wahrhaftig keinen Hauch verspürt. Ich erinnere nur an des Altmeisters Grundzüge betreffend die nationale Schule: „Die Schule hat in dem, was die Jugend mitbringt, in ihrer Sprache, Sitt-, Anziehungswerte, die Fixpunkte für ihre Aufgabe zu suchen“. — Die Muttersprache eines Volkes aus der Schule verbannen, ist unchristlich, inhuman und verstoßt zudem gegen die Prinzipien, die gerade die neuere Didaktik aufgestellt hat.“ (Vergl. Lexikon der Pädagogik von Koloff, Artikel: Nationale Schule — Nationalität und Staat). Selbst der Seminar-Präsident Vollmer aus Wilkowitz mit seiner verjüngerten Muttersprachentheorie kann hier viel lernen. Ihm und allen, die über die zweisprachige Schule reden und schreiben wollen, sowie überhaupt allen Lehrern in Oberschlesien kann auch das Büchlein von Raffabius gute Dienste leisten. „Das Recht auf die Muttersprache im Lichte des Dreipunktens. Eine zeitgemäße Erörterung mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Oberschlesien“. Bei Maria in Nikolai ist es zu haben.

Neulich fragte im „Oberchlesier“ ein polnischer Arbeiter: „Wo ist denn das polnische Lehrerseminar? Ja, wo ist es? 1.162.948 Polen und kein einziges polnisches Seminar! Kein einziges polnisches Gymnasium, keine einzige polnische Volksschule! Und das nennt sich Gleichberechtigung? Es scheint, als ob man in deutschen Kreisen in Oberschlesien von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes keine Ahnung hätte. Und interessant ist es, daß selbst die gerechtfertigten wollenden Oberchlesier, die von der Notwendigkeit einer „Gleichberechtigung beider Sprachen in der Schule“ sprechen, im selben Atemzuge hinzufügen: „Wichtig sind polnische Seminare garnicht einmal notwendig, da ja in Zukunft die Lehrerschaft Oberschlesiens... sich nur aus Oberschlesiern rekrutieren wird, also aus Männern mit polnischer Muttersprache, so daß ein gründlicher Unterricht im Polnischen während der Seminarzeit genügen dürfte.“ (vergl. Nummer 10, Seite 5). Da haben wir's. Auch wenn die Seminare von lauter Schülern mit polnischer Muttersprache besucht werden, sollen sie deutschen Charakter tragen und nur nebenbei „grünbläulichen“ Unterricht im Polnischen geben. Wie nett ist doch dieses Zugeständnis! wie naiv der Verfasser! Er übersieht ganz, daß die Folgen der 50-jährigen nationalen Hungerkur, die die Polen in Preußen durchmachen mußten, ein nationaler Geistes Hunger ist, der nur dadurch gestillt werden kann, daß die Polen nun endlich einmal in nationaler Hinsicht sich sättigen können. Ein paar Proben vom Oppelner Regierungstisch machen den Hunger nur größer. Wie so kommen denn die Deutschen, die in der Minorität sind, zu dem Schulmonopol?

II.

Der nationale Zug der Polen ist ein idealer Zug, um den man sie im Stillen beneidet. Weil man ihn aber fürchtet, sucht man ihn zu entkräften. Köpfung ungeligen Angedenkens versuchte es mit Belagerungszustand, Zeitungsverboten und anderen Gewaltmaßnahmen. Der Erfolg war negativ. Es ist ja klar, je mehr der Wind bläst, um mir meinen Mantel fortzureißen, desto fester hülle ich mich in meinen Mantel. Diese Methode verfehlt also vollständig ihren Zweck. Darum versucht man es nun durch Güte. Man will den Oberschlesiern, die sich als Polen fühlen, vernünftig zureden, um sie zu überzeugen, daß sie keine Polen sind. Dieser Tendenz dienen Flugblätter, Zeitungen, Agenten. Auch im „Oberchlesier“ fehlte es nicht an derartigen Überredungsversuchen. In Nummer 8 spricht Dr. W. von dem oberchlesischen Nationalgefühl, als von einem Eigengefühle, einer besonderen Kreuzungsort. Ich möchte einmal sehen wollen, wie Dr. W. diese Kreuzungsort verpörrt. — In Nummer 6 behauptet Wellmann, daß dem Oberchlesier

das Gefühl der gleichen Nationalität mit den Bosener oder Warschauer Polen fremd sei. Für Wellmann persönlich mag das stimmen. Er wird dafür das Gefühl der gleichen Nationalität mit den Berliner oder Hamburger Deutschen haben. Für das polnische Volk aber hat schon 1868 der vor 30 Jahren verstorbene Gattenichmied und Volksdichter Julius Wigon aus Königshütte die Antwort gegeben mit dem Verse:

**Kaszubil, Staroprusacy,
Mazury i Warszawiacy,
Wielkopolanie, Slazacy-
Wzyszyceśmy bracia Polacy.**

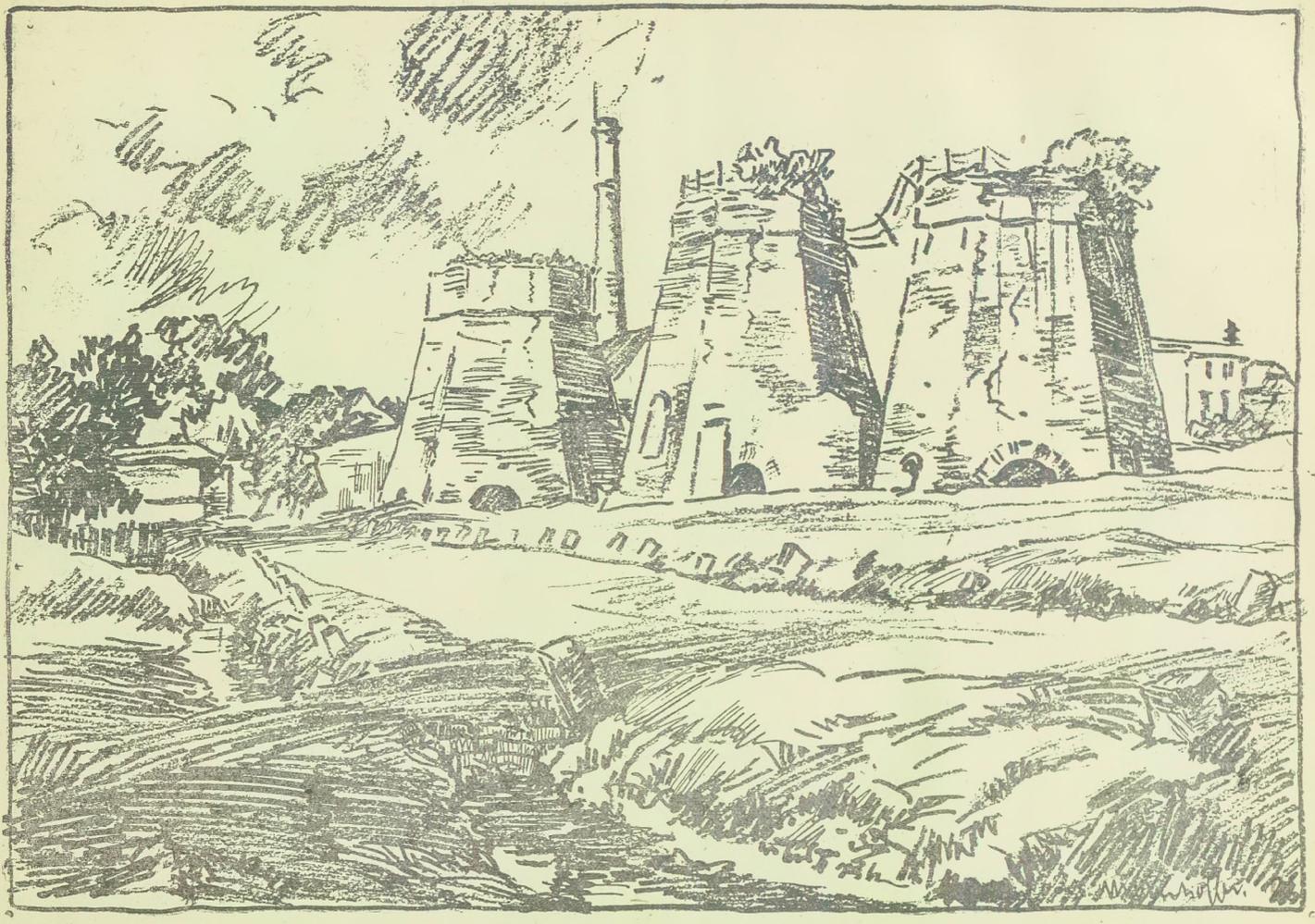
Ebenso verfehlt, wie die Behauptung Wellmanns und seiner Feldherren sind die historischen Argumente, die man ins Feld führt. Der Kreisarzt Dr. Malisch aus Pleß wühlt z. B. in allen Grabstätten aus prähistorischer Zeit herum, um nachzuweisen, daß hier einmal Völker gewohnt haben, die nicht Slaven waren. Lassen wir dem Herrn das Vergnügen. Doch wollen wir nicht vergessen, daß die Zeit vor der Völkerwanderung, soweit Schlesien in Betracht kommt, in Dunkel gehüllt ist, in welches nur selten ein schwacher Strahl historischer Lichtes fällt. Da sind nur Hypothesen möglich; eine Gewißheit gibt es nicht. Wer zuiel beweist, beweist garnichts. Wenn also Malisch, die Slinger, von denen der Name Schlesien stammt, ohne weiteres als Germanen ansieht, so ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Der beste Historiker Schlesiens Grünhagen, von dem übrigens auch der Pleßer Kreisarzt mit Verehrung spricht, ist geneigt, sie als Slaven anzusehen. Und selbst, wenn vor den Polen hier germanische Völker gewohnt haben sollten, so haben sie zur Zeit der großen Völkerwanderung eben den Polen Platz gemacht.

Ähnlich wie Dr. Malisch, macht es der Breslauer Spezialist für die Polenfrage, Professor Dr. Lauber. In Nummer 13 behauptet er schlankweg, daß zwischen Elbe und Weichsel ursprünglich germanische Völkerstämme gelebt haben. Was heißt denn „ursprünglich“? Etwa seit der Welterschaffung? oder wenigstens seit der Sintflut? Für gewöhnlich gilt als die Urheimat der Germanen Skandinavien und nicht die weiten Ebenen zwischen Elbe und Weichsel. Bevor Germanen herkämen, saßen wahrscheinlich Slaven hier. Ich verweise den Herrn Professor in Breslau auf das von der Krakauer Akademie der Wissenschaften 1912 herausgegebene Sammelwerk Początki kultury słowiańskiej.

Die Geschichte ist eine Lehrmeisterin; aber selten werden alle ihre Lehren beachtet. Gewöhnlich sucht sich jeder das heraus, was ihm gerade paßt. Auf diese Weise kann man schließlich alles beweisen. Übrigens sagt die eigentliche Geschichte nur, wie es früher tatsächlich war; ob es aber früher richtig war, muß jeder selbst beurteilen und bei dieser Beurteilung scheiden sich die Geister. Darum haben die historischen Beweise lange nicht die Bedeutung, die ihnen vielfach zugeschrieben wird. Meistens gründen sie sich auf vollendete Tatsachen; diese haben aber einen Kanustopf: im Rücken tragen sie vielfach das Gesicht des Unrechtes; während sie nach vorn immer das Antlitz des Rechtes zur Schau tragen möchten. Wie sagte doch Friedrich II. von Preußen? „Erst greife ich zu, dann werden sich schon Gelehrte finden, die mein Recht nachweisen werden.“

Wenn heute die Oberchlesier ganz germanisiert wären, würde man sie ohne weiteres als deutsch ansehen, ohne nach der Geschichte zu fragen. Weil sie aber trotz der Ungunst der Verhältnisse der Sprache ihrer Ahnen treu geblieben sind, sucht man durch historische Betrachtungen ihren polnischen Charakter in Zweifel zu ziehen. Objektiv genommen, waren die Oberchlesier Polen seit Jahrhunderten. Subjektiv genommen, sind sie es noch nicht allzu lange. Noch 1861 konnte die „Schles. Zeitung“ mit einiger Berechtigung schreiben, daß die polnischen Oberchlesier einen „vegetierenden Volkstum ohne Willenskraft“ darstellten. In den 60 Jahren, die seitdem verfloßen sind, hat sich das aber gründlich geändert. Die Geschichte steht eben nicht still, auch den Deutschen zuliebe nicht. Der damals noch vegetierende Volkstum hat inzwischen nationales Leben und nationale Willenskraft bekommen. Und da wir jetzt 1920 und nicht 1850 oder 1860 schreiben, können wir nicht zur Maßnahmen treffen oder aufrecht erhalten wollen, die vor 60 Jahren vielleicht durchführbar waren, heute aber einen traffen Anachronismus darstellen. Viele der sog. Oberchlesier möchten aber, während die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts schreitet, auf 1850 zurück gehen.

Wir seien keine Polen, sagen sie, jondern Oberchlesier. Das ist eine arge Begriffsverwirrung, indem an Stelle der nationalen Bezeichnung eine geographische gesetzt wird. Eine oberchlesische Nationalität gibt es doch garnicht. Sehen wir einmal näher zu. Wer ruft denn am lautesten: „Wir sind Oberchlesier?“ Jene, die von Haus polnisch sind, aber von ihrer Muttersprache nur noch ein paar verhältnismäßig Proben im Gedächtnis haben, die sie jetzt auf einmal auf dem Präzidenteller stolz vor sich herum tragen. Das Ideal eines solchen Oberchlesiers, wie man ihn gern haben möchte, hat unlängst Dr. Malisch in dem „braven“ Pfarrer Wallguch von Groß Dubensko gezeichnet, der immer und ausschließlich polnisch zu predigen hatte, aber in seiner Bibliothek kein einziges polnisches Buch besaß. Wenn das wahr ist, dann war Wallguch ein ganz tomscher Mensch und zu allem andern, nur nicht zum guten Beispiel für unser nationales Verhalten geeignet. Der Fall ist typisch: ein ganzes polnisches Dorf und ein ganz germanisierter Pfarrer. — Malisch selber brüsst sich, er sei Oberchlesier und könne nur schlechtpolnisch. Da haben wir's wieder: oberchlesisch ist gleich germanisiert. — In Nummer 10 mutet uns Herr Woehle aus Oberammergau zu, die künftige Verhörmepelung der oberchlesischen Volkssprache à la „Ten Bürgerhaft“ oder „Ten Kampffern draden“ als föstliche Stilproben und als einen Beweis välfischer Eigenart anzusehen. Das kann nur ein deutscher oder ein germanisierter Oberchlesier fertig bringen. — In Nummer 2 ruft Karl Szczodroff „Mehr schlesisches Nationalbewußtsein!“ und empfiehlt zur Pflege des spezifisch Schlesiens die Museen, den Schlesiern und den oberchlesischen Geschichtsvereinen, den Verband oberchlesischer Volksschreibereien uhm. Er nennt



• Kalkwerke außer Betrieb bei Gogolin. Von Oberhoffer.

aber nicht; Towarzystwo Oświaty na Śląsku imienia św. Jacka, er empfiehlt nicht; Towarzystwo Czytelni Ludowych na Śląsku, er erwähnt nicht die Hölische Epen Bonczyks „Stary Kosciol Miechowski“ und „Góra Chelmska“, er schweigt von Danutows literarischen Gedichten „Z mowy śląskiej“ er empfiehlt nicht die Vierteljahrschrift „Głos z nad Odry“. Man sieht, auch für ihn ist obererschlesisch nicht deutsch.

Auf dieser Grundlage ist eine Verständigung schlechterdings ausgeschlossen. Oberschlesiens Bevölkerung ist überwiegend polnisch — 1 162 948 Polen gegen 712 310 Deutsche und 87 951 Zwitterlinge — darum müssen auch die Behörden, Schulen usw. überwiegend polnisch sein. Das Verhältnis der Polen und Deutschen ist nach der Statistik von 1910 etwa wie drei zu zwei. Eine wahre Verständigung ist nur so denkbar, daß obiges Verhältnis im öffentlichen Leben überall klar und deutlich hervortritt.

Nun vergleiche man damit den bisherigen Tatbestand, so auch die neueste Zusammenziehung des Verwaltungskomitees der Provinz Oberschlesien und so manches andere. Wo ist die Verständigung und an wem liegt es, daß sie nicht da ist?

Dr. S.

Die Leibeigenschaften in Oberschlesien.

Herr Bruno Bezel-Beuthen D.-S. beginnt einen unter der Überschrift: „Was wollen denn die Oberschlesier“ in Nr. 1 des „Oberschlesiens“ vom 3. 1. 1920 veröffentlichten Aufsatz mit folgenden Worten:

„Am Jahre 1816 wurde die Regierung zu Oppeln errichtet und fand ein vernachlässigtes Arbeitsgebiet vor, das jedoch bei richtiger Auffassung der Lage das dankenswerteste und reichste werden konnte. Was tat nun die Regierung? Es mußte ihr klar sein, daß nur die Aufhebung der Leibeigenschaft und Einführung des Schulunterrichts in der Muttersprache eine Besserung der Verhältnisse bringen könne, und dennoch hat sie trotz der im Jahre 1807 angekündigten, im Jahre 1811 veröffentlichten Aufhebung der Leibeigenschaft dieselbe bis zum Jahre 1848 in Oberschlesien beibehalten. Da der obererschlesische Bauer die in deutscher Sprache verkündete Aufhebung nicht zu deuten und seine hieraus resultierenden Rechte den Gutsheeren gegenüber nicht wahrzunehmen verstand, verblieb er weiter der weiße Sklave, den zu schützen keine Regierung sich für berufen fühlte.“

Diese ansehnliche historische Feststellung ist durchaus unzutreffend. Die alte Leibeigenschaft war bereits unter dem Einflusse des Christentums zur Hörigkeit und Gutsuntertänigkeit herabgemildert worden. In das letztere Verhältnis waren wegen des wirksameren Schutzes und der Freiheit vom Heeresbann oder infolge Verarmung sogar vielfach auch freie Pächter eingetreten. Solche freie Pächter gab es überall. Das Dorf Hopsberg bei Beuthen D.-S. war z. B. ganz frei. Durch die Edikte vom 9. 10. 1807 und 14. 9. 1811 erfolgte die Aufhebung der aus der früheren Leibeigenschaft und Erbuntertänigkeit herrührenden persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse, sowie der das Grundeigentum belastenden kulturell-schädlichen Beschränkungen. Das Edikt vom 9. 10. 1807 gab die Freiheit der Person, das Edikt vom 14. 9. 1811 die Freiheit des Eigentums.

Trotz des in deutscher Sprache in der preussischen Gesetzsammlung 1806, 10 S. 170 veröffentlichten Edikts haben die obererschlesischen Pächter dieses so gut verstanden, daß sie darüber hinaus sich von allen den Gutsheeren gegenüber bestehenden Verpflichtungen befreit glaubten. Es mußte infolgedessen gerade für den Bereich der Provinz Schlesien das besondere Publikum und de dato Königsberg, den 8. 4. 1809 erlassen werden, das in seinem § 1 wörtlich folgendermaßen lautet:

„Jeder Einwohner eines Dorfes, das ein Auktionsgrundstück besitzt, ist, der erfolgten Aufhebung der persönlichen Untertänigkeit ungeachtet, nach wie vor verbunden, alle und jede auf seinem Besitztum haftenden gutherrlichen Dienste, Lasten und Abgaben, namentlich alle Sand- und Spanndienste, desgleichen auch alle Geld-, Getreide- und sonstigen Naturalzinsen und Leistungen in der nämlichen Art, wie er solche dem Gutsherrn nach Inhalt seines Kaufbriefes oder nach Ausweis des Urbarii oder Kraft rechtsgültiger Verträge und Oberverenzen seither zu leisten und zu verrichten verpflichtet war, auch in Zukunft fernermhin ohne Widerrede zu leisten und prompt zu entrichten.“

Durch die preussische Verfassung in den Jahren 1848 bis 1850 wurde lediglich die gutherrliche Gerichtsbarkeit aufgehoben, und die Beseitigung der aus der früheren Erbuntertänigkeit herfließenden Verpflichtungen und der den Berechtigten dafür obgelegenen Gegenleistungen und Lasten nochmals ausgesprochen.

Auch die Annahme, daß die Oppelner Regierung zur Besserung der Lage Oberschlesiens nichts getan habe, ist durchaus irrig. Wie die Akten der hiesigen Regierung ergeben, erfolgte ja die Neueinrichtung der Oppelner Regierung zu dem ausgesprochenen Zwecke, um die Verwaltung des bisher vernachlässigten Landes teiles Oberschlesien zu verbessern und insbesondere die Schulverhältnisse dieses Bezirks zu heben. In den Berichten, welche der Errichtung der hiesigen Regierung vorausgingen, ist z. B. festgestellt, daß in Oberschlesien damals selbst in den Städten viele Bürger nicht schreiben konnten, während in Niederschlesien besonders die katholischen Schichten in guter Verfassung gewesen seien. Es ist insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die Errichtung einer besonderen Regierung in Oppeln sich ebenso vorteilhaft erweisen werde, wie die Ende des 18. Jahrhunderts erfolgte Errichtung der obererschlesischen Bergbehörden.

Was nun dem Willen die damaligen obererschlesischen Beamten erfüllt waren, ergibt z. B. die Denkschrift des bekannten Grafen Rheden, der durch die Denkmäler in Königshütte und Friedrichsgrube geehrt ist, und sich in seinem Jahresbericht vom Jahre 1787 wörtlich wie folgt geäußert hat:

„Ich finde ein unbeschreibliches Vergnügen in der Vorstellung dieser vielleicht noch sehr fernen Zukunft und freue mich in voraus der Zeiten, wo belobte Industrie, schnellere Zirkulation und Kultur diesen unbeachteten Winkel zur Perle der preussischen Krone erheben und dessen Bewohner aus armen gedrückten Sklaven zu gebildeten und glücklichen Menschen umschaffen werden.“

Gebheimrat Ritter-Doppel.

Wiedergutmachung?

Der zweite Teil des Bezel'schen Aufsatzes im „Oberschlesier“ vom 10. 1. 1920 ergibt, daß die eingangs angeführte historische Feststellung der Schrift von Alexander Waaber: „Preußen und Polen“ entnommen ist. Das ändert natürlich nichts an der vorstehenden sachlichen Gutgegunung.

Auch der Auffassung Bezel's, daß die Oppelner Regierung infolge der Unterdrückung der polnischen Sprache zu einer Wiedergutmachung durch Bildung eines besonderen Fonds verpflichtet sei, kann nicht beigetreten werden. Das sogenannte Rüstler'sche Veranschlagungssystem hat der obererschlesischen Bevölkerung zweifellos große Vorteile gebracht, so bedauerlich auch die sprachliche Unterdrückung an sich sein mochte. Auch heute noch wird von den meisten Eltern großer Wert darauf gelegt, daß ihre Kinder nicht nur die polnische, sondern auch die deutsche Sprache erlernen, da sie damit zweifellos im wirtschaftlichen Leben einen großen Vorprung erlangen. Die Fernhaltung der polnisch sprechenden Oberschlesier von der allgemeinen Staatsverwaltung traf aber nicht die Polen als solche, sondern, wie die bekannte Schrift von Grünberg ergibt, alle Katholiken.

Tagegen ist die Bezel'sche Anregung, durch freiwillige Beiträge aller Oberschlesier einen Bildungsfonds zu schaffen, durch den befähigten Kindern mittelloser Eltern obererschlesischer Herkunft die Erlangung einer höheren Bildung zugänglich gemacht werden soll, um nicht auch in Zukunft in der obererschlesischen Verwaltung auf laienfremde Elemente angewiesen zu sein, durchaus zu begrüßen.

Der von Herrn Bezel in die Erörterung gebrachte Freiraum erreicht auf den ersten Blick sehr verlockend, ist aber noch zu wenig durchdacht, um ernstlich erwogen zu werden.

Zur Zeit scheitert dieser Gedanke schon daran, daß er in dem Friedensvertrage nicht zugelassen ist, und die Entente es bisher durchaus abgelehnt hat, an diesem mißsam zustande gebrachten Vertrage irgend etwas zu ändern. Polen hat offensichtlich das größte Interesse, Oberschlesien an sich zu ziehen, um dadurch seine wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zu verbessern, und wird in diesem Bestreben von Frankreich, das damit seinen eigenen Vorteil bezweckt, kräftig unterstützt. Weder Deutschland noch Polen werden daher einer völligen Selbständigmachung Oberschlesiens zustimmen können.

Der Gedanke, alle Einnahmen Oberschlesiens ausschließlich zu dessen Vorteil zu verwenden, entspringt zwar dem „heiligen Egoismus“, hat aber auch eine sehr bedenkliche Mehrheit. Denn die Industrie hat bekanntlich nicht nur seine, sondern im Wechsel der Zeiten oft auch recht mageren Jahre. Derartige Wechselfälle lassen sich naturgemäß nur in einem größeren Gemeinwesen ausgleichen.

Die bei Begründung der selbständigen Provinz Oberschlesien erfolgte eingehende Prüfung, ob und inwieweit die für Schlesien bestehenden gemeinsamen Einrichtungen zu trennen und für Oberschlesien besondere Einrichtungen zu schaffen seien, hat ergeben, daß eine solche

Trennung meist zum Nachteil Oberschlesiens gerädein würde. So ist z. B. in einer besonderen Denkschrift der Schlesischen Provinzialfeuererzietät festgestellt, daß dieser Anstalt seit ihrem Bestehen durch Oberschlesien ein Verlust von rund 7 Millionen Mark erwachsen ist.

Daß Obereschlesien als solches durch eine Zuteilung zu Polen nur benachteiligt werden könnte, liegt auf der Hand, da es, wie gesagt, als meckende Kuh behandelt werden würde. Die möglichen, aber durchaus nicht sicheren kulturellen Vorteile könnten darüber nicht hinweghelfen. Andererseits ist innerhalb des deutschen Reiches der Weg zu immer weiterer Selbständigkeit durchaus gebahnt. Artikel 18 der neuen Reichsverfassung schreibt den Weg zur Bundesstaatlichen Autonomie klar vor. Sollte es aber, wie mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, zur Bildung eines Einheitsstaates kommen, so ist kein Zweifel, daß Oberschlesien einen völlig selbständigen Verwaltungsbereich innerhalb des deutschen Reiches bilden würde, wie es ja bereits jetzt ein völlig selbständiges Landesfinanzamt erhalten hat.

(Scheinmat Villa-Doppeln.)

Polens Außenpolitik.

I. Die Entente und das „starke Polen.“

Von Finstimus.

Die Verwirrung der inneren Zustände des Landes, die ständig zunehmende Desorganisation des Verwaltungsapparates, die Mißstände in der Beamtenhaft, die Unfähigkeit mander verantwortlicher Führer waren es, die zum endgültigen Sturz des Kabinetts Raderewski führten und den als Verwaltungsbefehlsmann bekannt gewordenen Ministerpräsidenten Skulski aus Ruder brachte. Daß aber die Partei Skulskis oder vielmehr die in ihr einflussreiche Nationaldemokratie nicht nur in seiner Person, sondern auch sonst dem neuen Kabinett ihren Stempel aufdrückte, daß ein ausgesprochenes Rechtskabinett die Unterstützung der an sich eher nach links tendenzierenden Bauern- und Arbeiterparteien gewinnen könnte, beruhte auf der eigenartigen außenpolitischen Konstellation, in der sich Polen Ende des vergangenen Jahres sah.

Als die polnische Republik durch Anschließ an die Entente nach dem Zusammenbruch der Zentralmächte die staatliche Selbständigkeit erreicht hatte, fand sie sich in der eigenartigen Lage, ein Staatsgebiet ohne feste Grenzen ihr eigen zu nennen. Die Außenpolitik des jungen Staates hatte daher vom ersten Tage an zwei gewaltige Probleme vor sich: Statuierung der fluktuierenden Grenzen war das eine, Einordnung des über ansehnliche militärische Kräfte verfügenden Staates in das europäische Konzert das andere. Der Entstehungsgeschichte der Republik entsprechend, entschied sie sich zur Lösung beider Probleme für die eine Richtlinie, die in engster Fühlungnahme mit der Entente, bezw. in der Ausföhrung der von dieser gegebenen Direktiven bestand.

Auf der einen Seite verlor Polen damit, daß diese Richtlinie befolgt wurde, die freie Aktivität seiner Außenpolitik, auf der anderen Seite erleichterte es sich nicht nur die Vorschreibung seiner Westgrenzen gegen den trotz seines militärischen Zusammenbruches gefährdeten deutschen Nachbarn

dadurch, sondern konnte sie zu einer Zeit und in einem Maße vornehmen, wie es mit den noch unentwickelten eigenen Kräften nicht möglich gewesen wäre. Die freiwillige und willige, durch wirtschaftliche Notwendigkeiten freilich mitbedingte Unterordnung unter den Willen der Entente, die das Charakteristikum der bisherigen polnischen Außenpolitik ist, hat freilich auch Dornen für Polen gehabt: die Schaffung von Abstimmungsgebieten, die Neutralisierung Danzigs, die Internationalisierung der Weichsel, der Schutzvertrag für die nationalen Minderheiten waren harte Nüsse für den erwachten expansionistischen Appetit des neuen Staates, der nicht geringer war, weil er weniger auf vorheriger schwerer Leistung beruhte, als während des Essens entstand und wuchs. Es waren eben bei der gewählten außenpolitischen Richtlinie derartige Hemmungen des Erfolges dadurch bedingt, daß die Entente nicht einen unbedingt einheitlichen politischen Willen repräsentiert, sondern die mancherlei Gegensätze zwischen England und Frankreich gerade in den Ostfragen sich in den Interessen Polens widerspiegeln mußten.

Im großen ganzen hat sich die Regelung der polnischen Westgrenzen trotz allem ohne allzu starke Reibungen vollzogen und wird es weiterhin auf Grund der Pariser Festsetzungen tun. Erheblich schwieriger liegt die Frage der Ostgrenzen. Ihre Lösung ist schiedlich abhängig von der Lösung des russischen Problems in Europa. So zeigen sich denn auch in diesen Fragen hier erhebliche Widersprüche in außenpolitischen Wollen der einzelnen Parteien Polens, während man in allen deutsch-polnischen Fragen (von unbedeutenden Gruppen abgesehen) auf Grund der allgemeinen Antipathie gegen Preußen von rechts bis links so ziemlich eines Sinnes gewesen war. Aber hinsichtlich der Festsetzung der polnischen Ostgrenze ergab sich dadurch, daß England und Frankreich einer endgültigen Festlegung, einer klaren russischen Politik auswichen, daß namentlich England seinen Kurs mehrfach änderte und daß endlich der Voltschewismus als eine vom Willen der Entente nicht abhängige Größe in diese Rechnung eingekalkuliert war, ein Spielraum für eine aktive Außenpolitik Polens und damit ein Objekt der streitenden Parteikräfte.

Für das russisch-polnische Problem, das gleichbedeutend ist mit dem Problem der Regelung der polnischen Ostgrenzen, gab es, wie gesagt, kein klares Diktat der Entente und Polen geriet hier, auf das wesentliche der bisherigen Entwicklung gesehen, in die garnicht unwortliche Lage, durch Anlehnung an das in der europäischen Ostpolitik besonders hoch ringende Frankreich beinahe der „tertius gaudens“ im englisch-französischen Gegenlag um die Lösung des russischen Problems zu werden. Zwischen der von England befolgten Unterstützung der Nationaldemokratie und der von Frankreich erstrebten energischen militärischen Bekämpfung des Bolschewismus und Aufrichtung eines demokratischen Reiches, gewann Polen eine besondere Bedeutung als größter Oststaat mit starker erfolgreicher Armee, als Ball gegen den Bolschewismus und gleichzeitig als mögliche Schutzmacht für die schwachen benachbarten Nachbarstaaten. Mehr und mehr entwickelte sich die Dinge im Laufe des Jahres 1919 dahin, daß Frankreich wenigstens für die nähere Zukunft der Seerachung, in einem kräftigen Polen eine Art Ersatz für das ohnmächtige Rußland zu suchen und zur

Zeit hat die französische Ostpolitik offensichtlich das Übergewicht über die englische erlangt, die an einer gewissen Dauer der chaotischen Zustände schwacher östlicher Staaten ein begreifliches wirtschaftliches Interesse hat.

Die hier angedeuteten, im einzelnen natürlich schwer wägbaren Momente haben für den ideellen Sieg der Nationaldemokratie bei der Bildung des Kabinetts Skulski die Grundlage abgegeben. Während nämlich bis dahin gerade in der Volkspartei und im Arbeiterverband, ohne die ein Ministerium zur Zeit nicht zu bilden war, gegenüber der russischen Frage mehr die Tendenzen der Nachbarstaatenpolitik und einer günstigen Liquidierung des Ostkrieges an Boden gewonnen hatten, konnte die Nationaldemokratie im entscheidenden Augenblick — in den Tagen der letzten Kabinettskrisis viel die „endgültige“ (inzwischen aber wieder aufgehobene) Entscheidung über Ostgalizien — einen gewaltigen Widerhall in der Stimmung der öffentlichen Meinung durch den Hinweis erzielen, daß durch Weiterführung des östlichen Krieges und durch engstes Zusammengehen mit Frankreich die polnischen Ostgrenzen in wesentlich günstigerem Sinne geregelt werden könnten, als wenn man sich mit der Entscheidung des Obersten Rates begnügt hätte. Da nun in Polen einerseits die Politik im wesentlichen in der Großstadt gemacht wird und die nationaldemokratische Gesinnung erheblich verbreiteter ist, als die Zahl der Parteizugehörigen andeutet, da außerdem der Mentalität des Polen ein leichtaufflammender und ungemein lebhafter Nationalismus eigen ist, konnte die Nationaldemokratie in den kritischen Tagen, da eine ungünstige Entscheidung über Ostgalizien drohte, durch die Aufnahme der von Frankreich herüberkommenden Idee des „Silna Polska“ („starke Polen“) die Massen hinter sich bringen. Sie bewies in der Wahl dieses ersten positiven Programms ebenso großes Geschick, wie in ihren bisherigen negativen, die ihre einzelnen Entwicklungsperioden von einander abgrenzten. (Die 1896 gegründete Partei war in ihrem ersten Programm vorwiegend antirussisch, dann antideutsches, dann antipolnisch.)

Freilich ist trotz dieser Lage die Nationaldemokratie nicht zu einem unbedingtigen Siege in Polen gelangt. Nicht sie hat das Außenministerium besetzt und die Entwicklung des Außenministers Partei, der bisher weiter links stand, bleibt vorläufig abzumarten. Auch ist der Einfluß des sozialistischen Staatschefs Bilubski nicht ohne weiteres ausgeschaltet — aber die nationalistische Idee, die zweifellos auf einem neuen Siege gelangt ist, hat naturgemäß Wasser auf die Mühlen der Nationaldemokratie gebracht, die sie in der extremsten Form vertritt im Jahresspaß der Nationaldemokratie segelt daher das Staatsdampf in der Richtung auf das „starke Polen“ — ohne daß man sich im Augenblick darüber Rechenschaft gibt, daß Polen, je weiter es seine Grenzen streckt, um so mehr Millionen volksfremder Minderheiten in sich aufnimmt, d. h. seine innere Geschlossenheit, seine Kraft schwächt.

Zur kommenden Besetzung.

Die von unseren Feinden so lange hinausgeschobene Ratifizierung des Friedens steht unmittelbar bevor. Bald werden die fremden Besatzungsstruppen in Oberschlesien einrücken und nicht für wenige Wochen wie in den anderen Abstimmungsgebieten, sondern für längere Zeit, da die Abstimmung vor

Von obereschlesischen Bühnen.

I.

Die ursprüngliche, zugleich idealste Aufgabe einer Theateraufföhrung ist, den Zuschauer in einen solchen Grad von Illusion hineinzuföhren, daß er die „gepielte“ Handlung als einen tatsächlichen Vorgang mitzuerleben glaubt. Es genügt zur restlosen Erschöpfung dieser Aufgabe nicht allein eine möglichst naturgetreue Szenerie. Es kommt noch mehr darauf an, daß die Darstellung auf das Empfinden und die Einbildungskraft des Zuschauers stark einwirkt und nirgends mit dem jeweiligen Milieu disharmoniert. Das sind zwei Forderungen, die man theoretisch an jedes Theater stellen darf. Selten aber werden sie völlig erfüllt, oft nicht einmal angebeutet.

II.

Beiden Forderungen in der Aufföhrung der Vorstadtlegende „Lilium“ von dem Magyren Franz Molnar in weitem Maße gerecht geworden zu sein, darf sich das Karlsruher Stadttheater rühmen. Und in der Hauptsache sein Direktor Paul Barnay. Sowohl als phantastischer Spielleiter, als auch besonders als lebenswahrer Darsteller der Hauptperson des Dramas.

Man vergaß, daß die Bäume des Budapester Stadtwaldes, die Wände der Photographenbude, die Landschaft am Eisenbahndamm, die Rückstätte der „Gottespolizei“ im Jenseits nur eine Seele aus Holz, Farbe, Leim und Leinwand hatten. Molnar verquitt in den letzten Bildern sehr wirkungsvoll Musik mit Realist. Hier bewährte sich die verhaltene Musik hinter der Szene als stimmungsfördernder Faktor. Als Hilfsmittel, den Zuschauer aus der Wirklichkeit in die phantastischen Regionen der Handlung zu entführen.

Noch über den Leistungen der Regie standen die der Darstellung. Paul Barnay besitzt die Gabe, mittelmäßigen Kräften den Rang zum Großen und die Idee des Ganzen zu suggerieren. Weil er selbst ein Künstler ist. Ein Schauspieler, wie man ihn an den tonangebenden Bühnen nicht häufig finden wird. So war sein Vilkom ein Erlebnis. Dieser breitbeinige, verlumpte Strohak aus dem Budapester Stadtwaldchen ist vom Dichter mit Striden von großer Echtheit gezeichnet. Barnay hat ihm eine tiefe Seele gegeben und die lebendigsten Töne für sein unwürdiges Naturwuchstum getroffen. Die dramatische Literatur weiß wohl mehrere so lebensdrehend gezeichnete Typen auf. Und sie werden oft genug sehr gut dargestellt. Doch wohl selten so unvergeßlich einfach und menschlich, wohl selten so ganz aus dem Innern heraus und scheinbar so ganz ohne Theaterelement.

Eine Gestalt von eigenartiger Wirkung war auch die Julie der Gerda Meißner. In ihrer blauen Schöndien-

An ihrer mädchenhaften Unerfahrenheit. In ihrer hündigen Treue zu Vilkom. In ihrer dunkenden Ergebenheit. Dieses herbe Widersprüchlich war nicht gespielt, sondern mit einer tiefen, bewußtlosen Innigkeit des Empfindens geliebt.

Auch die übrigen Darsteller schufen lebensdicke Gestalten. So besonders Renata Wardo als Fiskur einen prächtigen Typ des mit allen Sinnen geheizten Jagdbunden, Maria Havemann eine blutarme Frau Wusfat, Lilly Baderle als Marie eine recht glaubwürdige Landpomeranze, Lilly Varska eine dem Leben abgelaufte, kiehende Lante Hellerder. Alfred Goerdel und Ludwig Unger als Detektive, Karl Mandt als Polizeikommissar aus dem „Gottespolizeiamt, Abteilung für Selbstmörder“, lösten ihre leicht verfanglichen Aufgaben in eindrucksvoller, der Idee des Ganzen entsprechender Weise.

Die Aufföhrung fand bei dem zahlreichen Publikum ungerechten Beifall, der zunächst der vorzüglichen Darstellung galt, dann aber auch dem Drama selbst, das Molnar starkes, dichterisches und in Deutschland viel heimischer ist als in des Dichters Heimat. Denn seitdem in der letzten Zeit auch die ungarischen Bühnen von der letzten in- und ausländischen Operette überflutet werden, finden dort ernste Werke kein stärkeres Interesse mehr.

III.

Katowitz ist nicht nur die Metropole des obereschlesischen Schieberwesens, sondern auch des geistigen Lebens. Unzweifelhaft. Nicht nur deshalb, weil es die einzige Stadt Oberschlesiens ist, die sich neben seinem Stadttheater auch noch eine selbständige Operettenbühne leistet. Denn auf dieses „Neue Operettentheater“ kann die Stadt nicht besonderlich stolz sein. Weder auf sein Milieu, noch auf seine Leistungen. Der Hofstaal, in dem die Operettengesellschaft unter ihrem Direktor, Spiel- und Musikleiter Cerini ihr Wigwam aufgeschlagen hat, ist für den, der den Typ der antichristlichen Talmi-Jesellschaft aus dem östlichen Osten unserer Provinz studieren will, am Abend einer Aufföhrung die reichste Fundgrube. Das Theater hat sich denn auch bereits auf den Geschmack und geistigen Horizont dieses Publikums eingestellt. Es gibt seine bunt durcheinandergewürfelten Operetten in einer Form, die weniger Anspruch auf künstlerische Objektivität erhebt, sondern mehr der tiefstehenden Geschmackrichtung seiner Zuschauer auf Kosten der Kunst entgegenkommt.

Ich sah die Operette „Puppchen“ von Jean Gilbert, die vor dem Kriege „populär“ war, weil ihre „Schlager“ eine zeitlang über Vetterstän quädte und jeder Gassenjunge piffte. Eine Notiz über die Handlung erübrigt sich. Denn eine solche gibt es eben nicht. Dafür aber eine Entföhrungszene. Und so etwas erstet in einer Operette jede Handlung vollständig. — Die Aufföhrung war dem Publikum entsprechend. Di-

ein enfschliches Durcheinander von „Danebenbauern“. Aber es gab ein wildes Strampeln bloßer Beine und eine selbstgefällige Schaufentereleganz. Und das wirkt auf einen bestimmten Gehirnzustand der heutigen Menschen immer. —

Das Orchester war der einzige Lichtfleck in dieser geistigen Finsternis. Wenn es auch meist mit den Sängern und Tänzern auf dem Kriegsfuße stand.

Neben mir saß ein Mann, der keineswegs den Eindruck eines literarischen Feinschmeckers machte. Nach dem 2. Akte erhob er sich, sagte mit dem Tone innerer Überzeugung das Wort „Bruch!“ und — verließ den Saal.

Ich folgte ihm nach. Vorher überflachte ich noch einmal den ganzen Saal. An der dekorativen Decke blieb mein Blick haften. Von dort schauten die Bildnisse unserer Klassiker der Musik herunter. Und sie alle hatten einen ergreifenden Zug von Behmut und Mitleid um den Mund. . . .

Das war ein Abend, an dem die Muse ihr Haupt verhallen mußte. . . .

IV.

„Uff Erden is halt bloß Kammer und Not, und mir miß'n halt uff a Himmel wart“ . . .

Zu diesen Worten der Hofe Berndt steigt der Grundklang, der sich durch alle Damen von Gerhart Hauptmann hinzieht. Alfred Knor sagt: „Sehnsucht: Das ist der tiefste Grundzug im Wesen Gerhart Hauptmanns“ . . . und über allem schwebt das Hauptmannsche Element: gefäufte Innigkeit, — Sehnsucht, Sehnsucht, Sehnsucht.“

Und Mitleid. „Der alte Henkel kann einem leid tun,“ sagt Siebenhaar in „Furman Henschel“. Das gilt im tiefsten Sinne des Wortes von fast allen Gestalten Hauptmanns. Auch wenn sie Böses tun oder häßlich reden. Im Grunde ihrer Seele schlummert ein weiches Gemüt.

So bei dem biederem, fernigen Fuhrmann Henschel. Ihm stirbt seine Frau. Er heiratet trotz seines Verpredens, das er seiner Frau kurz vor ihrem Tode gegeben hat, seine Magd Kanne, ein lebensdürftiges Weib mit Instinkten niedrigster Leidenschaft. Als Henschel allmählich merkt, daß er einer schlawen Lieberlichkeit zum Opfer gefallen ist, erhängt er sich.

Die Gleiwitzer Aufföhrung dieser einheitlichsten und straffsten Schilderung eines tragischen Menschenschicksals war kein großes Ereignis. Dazu fehlte ihr der Atem natürlichster Realität, die elementare Wucht des Ausbruchs.

Traute Berndt gab als Kanne ihre beste bisherige Gestalt. Und doch fehlte diejenige Weibliche die Atmosphäre des Trübschaften, des Dorn-Vollblütigen. Wo sie durch gewalttätige Betörung diese Züge zu reffen suchte, verlor sie an Leben. Und offenbarte nur Kunst. Aber schon das ist ja sehr viel. Die für diese Schauspielerin geschaffenen Gestalten liegen bei Abien, Strindberg und Sudermann.

6 Monaten seit Beginn der Besetzung erfolgen soll. Diese Bestimmung ist offenbar von den Vertretern Polens bei der Entente veranlaßt worden, weil diese bei sofortiger Abstimung ein für Polen ungünstiges Ergebnis befürchteten. Aber — wie so oft im Leben — wird gerade die lange Dauer der Besetzung den entgegengesetzten Erfolg haben, als den ihre Urheber erhoffen.

Die unangenehmen Begleitererscheinungen einer längeren Besetzung durch fremde Truppen, die unvermeidlichen Ausschreitungen der Soldaten gegen männliche und mehr noch gegen weibliche Bewohner des Landes, dürften große Erbitterung nicht nur gegen die fremden Truppen, sondern auch gegen die Urheber der langen Besetzung hervorrufen. Diese Stimmung wird nicht zu Gunsten Polens in die Waagschale fallen.

Aber vielleicht noch vor der Abstrimmung, wenn diese lange hinausgezogen wird, wird der Zusammenbruch Polens erfolgen. Von den inneren Schwierigkeiten Polens, die wahrlich groß genug sind, von den Kämpfen mit den Litauern und den Ukrainern in Galizien mag abgesehen werden, aber Rußland wird der Selbständigkeit Polens ein jähnelles Ende bereiten. Alle Lenker Rußlands seit der Revolution im Frühjahr 1917, Miljutin, Kerenski, Lenin und Trozki, haben ebenso wie die Führer der antibolschewistischen Truppen, Denikin, Koltjak und Judenitsch, es als das unabänderliche Ziel Rußlands erklärt, daß dies wieder die alten Grenzen erhalte. Der Hauptgrund, weshalb sich die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Mittelmächten im Frühjahr 1917 zerbrachen, war das Verlangen Rußlands nach den alten Grenzen und der Widerstand der Mittelmächte, welche auf der Selbständigkeit Polens und der Abtrennung der baltischen Länder bestanden. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk zogen sich aus demselben Grunde so lange hin.

Die Verhältnisse in Rußland drängen jetzt zur Entscheidung. Die Machthaber in Warschau halten einen Sieg der antibolschewistischen Generale für eine Gefahr und haben deshalb eine Unterdrückung von Judenitsch im Norden und von Denikin im Süden abgelehnt. Die Besorgnis vor einem Sieg dieser Generale ist jetzt geschwunden. Judenitsch ist von den Truppen Lenins geschlagen. Judenitsch sieht sich noch in der fruchtbaren Ukraine, wo er nicht so sehr auf die Unterstützung der Entente angewiesen ist. Diese überläßt die Generale Judenitsch, Koltjak und Denikin aneinander ihrem Schicksal. Amerita will offenbar in Rußland — wie überhaupt in Europa — nicht mehr mitmachen und Englands Parlament, namentlich die bei der letzten Wahl sehr angesehene Arbeiterpartei, ist gegen eine Einmischung in Rußland. Nur Clemenceau, welcher bei den Wahlen einen Sieg über die Sozialisten davongetragen hat, aber trotzdem den Bolschewismus im eigenen Lande fürchtet, wünscht die Fortsetzung des Krieges gegen die Bolschewisten. Aber allein wird Frankreich nichts wagen. So werden denn Lenin und Trozki den Frieden bekommen, den sie haben wollen, mindestens also freie Hand in Rußland.

Ein Irrtum der Machthaber in Warschau ist es aber, daß Polen von Lenin und Trozki weniger zu fürchten hat als vor den russischen Generalen. Lenin hat erst kürzlich einem Auswanderer, einem amerikanischen Journalisten, erklärt: „Unsere Friedenswünsche sind

genau die alten geblieben, d. h. Rußland in den alten Grenzen.“ Allerdings wird die Entente einer Friedensbestimmung, welche die Wiedervereinigung Polens mit Rußland enthält, nicht zustimmen; aber ob sie bei einem Krieg zwischen Rußland und Polen diesem beistimmen wird, ist mehr als fraglich. Inzdes zu einem offenen Krieg wird es vorerst nicht kommen. Lenin und Trozki werden Polen auf friedlichem Wege zu erobern suchen. Die bolschewistische Propaganda hat nun bei den inneren Verhältnissen in Polen, bei den Gegenständen unter den vielen Parteien, der starken sozialistischen Eindrückung, und der schwachen Regierung, die besten Aussichten. Hat die Propaganda trotzdem keinen durchschlagenden Erfolg, dann greifen Lenin und Trozki bei der Energie, mit der sie ihre Ziele verfolgen, zu dem Mittel des Krieges.

Nebenfalls ist soviel sicher: Mögen in Rußland die Bolschewisten an Ruher bleiben oder gestürzt werden, Polen steht vor harten Kämpfen mit Rußland, in denen es wahrscheinlich unterliegen wird. Möge es den Obersteleier erspart bleiben, im polnischen Heer an diesen Kämpfen teilzunehmen zu müssen oder die Russen in Obersteleien zu sehen, die ihnen Hindenburg vom Leibe gehalten hat.

Wellmann.

Das brennendste Problem unserer Finanzwirtschaft.

Von Dr. Adamiech (Breslau).

Zwei Probleme unserer Finanzwirtschaft hatten der Lösung

Zunächst handelt es sich darum, daß unser Schuldensystem geordnet wird. An eine Abtragung, besonders der fundierten Schuld, ist vorläufig nicht zu denken. Die Riesenschulden allmählich zu tilgen muß späteren Generationen überlassen werden. Die Gegenwart wird schon zur Genüge zu tun haben, wenn die immer höher anschwellende schwebende Schuld allmählich in fundierte Schuld umgewandelt wird.

Ein brennendes Problem aber, das besser heute als morgen gelöst wird, ist die Ordnung unserer Währungsverhältnisse. So wie die Dinge gegenwärtig liegen, kann es unmöglich lange weitergehen. Zwar trägt die Arbeit unserer Notenpresse nicht die einzige und auch nicht die Hauptschuld an der Entwertung der deutschen Mark im Auslande. Wenn wir, wie es in den letzten Monaten der Fall war, monatlich Waren im Werte von 2 Milliarden einführen und Waren im Werte von nur 1 Milliarde ausführen, dann kann Angebot und Nachfrage von Zahlungsmitteln unmöglich im Gleichgewicht stehen. Wenn also der ungeheure Notenumlauf nicht die Hauptursache unserer Wertaufwertung ist, so ist er doch an der Wertaufwertung nicht ganz unschuldig. Das Answollen unseres Notenumlaufes kann unmöglich unsere Kreditfähigkeit erhöhen. Das Ausland muß auf diese Weise das Vertrauen zu uns verlieren. Doch uns interessieren hier nicht so sehr die Wirkungen auf das Ausland, sondern die verheerenden Wirkungen des sich ständig steigenden Notenumlaufes im Lande selbst. Die Noteninflation führt zu erzwungenen Lohn- und Gehaltserhöhungen. Die Folge

hiervon ist vermehrte Kaufkraft. Das führt natürlich sofort zu gesteigerter Nachfrage nach Waren. Das hierdurch veränderte Verhältnis von Angebot und Nachfrage treibt die Warenpreise natürlich noch höher. Die Löhne und Gehälter müssen infolgedessen wieder erhöht werden und das alte Spiel fann von neuem, bis zum Erbrechen, wieder beginnen. Das Wirtschaftsleben fann so, schon infolge der fortwährenden Lohnkämpfe, nicht zur Ruhe kommen und der Staat als der größte Arbeitgeber, verfiinkt immer mehr in Schulden. Es ist nicht schwer auszumalen, wo die Dinge enden müssen, wenn sich der Kreislauf noch einige Male wiederholt.

Es ist also Zeit, Ordnung in unsere Währungsverhältnisse zu bringen.

Der Gedanke der Notenahttempelung, wie sie der tschechisch-polnische Staat vorgenommen hat, wird nach den Erfolgen dieses Staates ziemlich allenthalben abgelehnt. Abgesehen davon, daß ein derartiges Vorgehen verzeifelte Ähnlichkeit mit einem Staatsbankrott hat: Heute, wo wir nicht mehr auf dem Standpunkt der nativ-mechanischen Auffassung der Qualitätstheorie eines Dawanzati um das Ende des 16. Jahrhunderts stehen, sondern die subjektive Wertlehre sich immer mehr durchgerungen hat, wissen wir auch bei Wertschätzung der Quantitätstheorie, daß sich der Geldwert mit dem Steigen und Sinken der Geldmenge verändert, daß aber diese Änderung keine proportionale ist. Ins Praktische übertragen: die Preise würden gerade unter den heutigen Verhältnissen bei einer Herabsetzung des Notenumlaufes zwar fallen, aber bei weitem nicht so sinken als mancher, der Notenerabsetzung entsprechend, erwarten dürfte. Die Aktion würde daher nicht erfüllen, was man sich von ihr verspricht.

Als einzig gangbarer Weg erscheint uns die Verminderung des Hauptteiles der Vermögensabgabe zur Verringerung des Notenumlaufes. Wir haben bereits anderweitig dargelegt, daß wir gegen die einmalige Vermögensabgabe mancherlei einzuwenden haben. Die Verwendung der Vermögensabgabe zur Herabdrückung des Notenumlaufes könnte uns aber mit der Vermögensabgabe wieder verschömen. Zwar viele möchten den Betrag der Vermögensabgabe dazu verwendet wissen, daß er im Interesse der Finanzverringerrung zur teilweisen Abtragung der schwebenden Schuld oder gar der fundierten Schuld benützt wird. Mit der Verringerung des Notenumlaufes sei es bei der Unverzinslichkeit der Noten nicht so eilig. Wir glauben dargelegt zu haben, daß aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen heraus kein Problem dringender die Lösung fordert, als die Verringerung des Notenumlaufes, auch wenn der fiskalische Vorteil nicht sofort in den Händen zu fassen ist.

Wenn wir auch den heutigen Notenumlauf von 43 Milliarden mit Rücksicht auf die Notenhäuferei, den viel größeren Darlehsbedarf infolge des Gleichhandels, auf den Friedensstand von 2,2 Milliarden nicht herabdrücken können, so würden doch etwa $\frac{2}{3}$ des erwarteten Ertrages der Vermögensabgabe (60 Milliarden) zur Verringerung des Notenumlaufes zu verwenden sein.

Auch Siegfried Brucks Sentisch war nicht ganz der Hauptmannliche Fuhrmann. Nicht ganz der großförmige, aus hartem, gelunden Holz geschnitzte Kraftmenschen mit der großen Geduld und Einfachheit. Diesen Mensch verfolgte eine gewisse lauernde Nervosität. Nur in der Wirtschaftszene raffte sich Bruck zur Höhe des dichterischen Gedankens auf und schuf Wirkungen von sinnfälliger Kraft.

Baul Stricker fand sich als Siebenhaar nicht so recht in das Armeleutemilieu hinein. Man merkte ihm den verkleideten „Bonobant“ an.

Die Franziska der Alice Borreiter offenbarte zunächst ein Paar recht hübscher Beine und ein prächtiges Haar. In zweiter Linie erbt das abenteuerlustige, frühreife Gastwirtstöchterlein, das in jedem Wort und in jeder Gebärde aus dem Leben gezeichnet war.

Der Gastwirt Vernekskratz von Max Miers war eine — sicher ungewollte — Kopie aus einer Spitzweg-Mappe. Seine Ehehälfte, die hinter dem Schenkisch regierte, machte mehr den Eindruck eines zerlumpten Appellweibes als einer Gastwirtsfrau vom Lande.

Das Publikum, das sich zu dieser Erstaufführung eingefunden hatte, war

- 1) nicht besonders zahlreich,
- 2) im Durchschnitt ohne viel Verständnis für den tiefen Kunst- und Lebensgehalt des Dramas,
- 3) ohne viel äußerliche Kultur.

„Die Zeiten sind sowieso schon so traurig. Wozu soll man sich da noch so etwas Trauriges im Theater ansehen,“ sagt man und begreift nicht, daß man sich damit ein bescheidenes geistiges Armutzeugnis ausstellt.

V.

Das Deuthener Publikum zeigte sich bei der Erstaufführung des „Friedensfestes“, des chronologisch zweiten Dramas von Gerhart Hauptmann, literarisch viel orientierter. Und manierlicher. Und dazu gehört, weiß Gott, nicht sehr viel. Mehr schon zu einer völlig unerkennlichen Annahme dieser drei Akte, in denen uns der Dichter einen tiefen Blick in eine Familie tun läßt, die nichts mehr ist als „ein faulender Sumpf ohne Liebe und Verständnis.“

Unter dem brennenden Weihnachtsbaum wollen sich die Glieder dieser Familie, die nur ein „unheilbarer“ Daß miteinander verbindet, versöhnen. Sie wollen ein wahres Friedensfest feiern. Die Herzengüte, das Verständnis treten zaghaft über die eine Schwelle. Und zu der anderen Tür pläzt auch schon der alte unverjöhliche Haß wieder herein und vernichtet den Traum des Friedens. Doch ein leiser Hauch von Hoffnung bleibt.

Auch hier klingt Schnjudt durch. Und Mitleid. Die Menschen dieses kleinen Kreises sehnen sich alle nach Frieden. Nach gegenseitiger Liebe. Aber alle Veruche scheitern an ihren unseligen Charakteren. Darin liegt die Tragik. Das Schicksal.

„Uff Erden is halt bloß Jammer und Not, und mir miß'n halt uff a Himmel wart'n“ . . .

Die Deuthener Aufführung fand den wahren Ton für diese Tragik nicht ganz. Wenn auch der Gesamteindruck ein tiefer und nachhaltiger war, um den sich nur das Publikum durch das plumpe, profane Beifallkrachen, noch bevor der Vorhang sich ganz gelent hat, meistens bringt.

Hauptmann verträgt keine Theatralik. Dietrich v. Seggern gab den Wilhelm zuerst so schemenhaft. Erst allmählich fand er den rechten, echten Ton der reinen Menschlichkeit für den „Taugenichts“, der seine eigene Vernommenheit erkannt hat, sich emporarbeiten will und so wenig liebende Aufmunterung findet. Seinem gerade entgegengesetzt gearteten Bruder Robert ließ Kudolf Schwannede lebensvolle Zuge. Diesem pietätlosen Hyniter, der „nicht herumschmaroken will zwischen Himmel und Erde,“ diesem kalten, rücksichtslosen Egoisten, der seinem Bruder dessen aufeinander Glück und den im Innersten schlummernden Idealismus neidet. Julie Häußler als ungeliebte Frau mit dem Kleinstadthorizont, als Gattin und Mutter ohne das ernste Verständnis für die rechten Wege ihrer Pflichten, war wohl die gelungenste Figur des Abends. Flora Leopold huldete als das zarte Geishöpfchen Ida Buchner mit der goldenen Seele wie ein Weihnachtsengel durch alle Akte. Siegfried Bruck als Vater, Kith Franke als verbitterte Tochter Auguste, Ottilie Osten als edel denkende Frau Buchner und Friedrich Pantel als der Schnapsulle sehr ergebener Hausknecht rundeten die Gesamtleistung würdig ab.

A. S.

An Professor Dr. W. Soerfler.

Nichtig sprachst Du es aus, daß Deutschlands geistige Führer Wätsche Selbstsucht laut priesen als höchste Weisheit und Stärke. Leider merktest Du nicht, daß erfolgreich die liebe Entente handelt ohne Gesdrei allein nur aus wätscher Selbstsucht. — Jedermann ist es bekannt: Jene Führer war'n meist Professoren. Ebenso — stelle ich fest — bist auch Du ein deutscher Professor.

Raczmarek.

Neujahrsgruß an das Hultschiner Ländchen.

Den Tag der Jahreswende einguleiten
Mit Gang und Klang, ist Brauch seit alten Zeiten.
Auch dir, mein heimatlich Hultschiner Ländchen,
Brächt' ich zum neuen Jahre gern ein Ständchen,

Ob, ungefragt und ungebeten,
Du wirst an Eschechen abgetreten.
Doch Trauerfahnen weh'n an deinem Haus,
Und so bleibt füglich heiteres Blasen aus.

Wo bleibt dein Selbstbestimmungsrecht?
Sollst werden du der Eschechen Knecht?
Dein himmelschreiender Protest,
Sich wätschlich leicht begreifen läßt.
Du hast genagt, küß'n zu bekunden
Der Mitwelt deine trübsten Stunden.
Was schert die Sprache dich? Der Geist
Ist's, der den rechten Weg dir weist!

Wird wätschlos auch dein Schicksalslagen,
So muß man mit Befremden fragen,
Weshalb sich manch ein Gottesmann
Darüber so ereifern kann,
Daß man selbst in dem kleinsten Neste
In Schären auszog zum Proteste,
Und daß dann alle stimmen ein
In's Lied: „Wir wollen Preußen sein!“

Ob auch die Toten auf der Stell'
Erschienen wären zum Appell,
Wenn sie bei lebendem Gebein
Verlassen könnten ihren Schrein?
Die Frage ist nicht zu verneinen.
Schaut hin nach ihren Leichensteinen!
Die Vorfahren, daß weiß jedes Kind,
Sie waren preußisch-deutsch gemüht.
Mit preußischem Fühlen nach ihrer Art
War deutsches Denken eng gepaart;
Ihr Geist war deutschen Wesens Schimmer.
Suffisten waren sie doch nimmer!
Sie lebten stolz auf preußischer Scholle!

Nun mag es kommen, wie es wolle
Dir, Wätschen im Hultschiner Land,
Sei treu gereicht die Abschiedsband,
Wenn Eschechen dich fieselang
Verföhlingen sollte „Neuschwanzang“.
Wie man auch dein Geschick wild lenken,
Dein wollen treu wir stets gedenken.
Die Jahre kommen und vergehen,
Vielleicht gib's mal ein Wiedersehen. —

Ein Hultschiner.

Offener Brief an Herrn Kreisarzt Dr. Malisch in Pleß.

Hochgeehrter Herr Kreisarzt!

Als ich den Artikel: „Ein Volk in Not“ in Nr. 11 des „Oberschlesiers“ mit Ihrem Namen gezeichnet fand, war es mir bereits vor dem ersten Durchlesen sofort klar, worauf der Artikel im Grunde hinauslief. Und so ging es wohl jedem, der Ihre eifrige Tätigkeit im Dienste der „Freien Vereinigung“ kennt. Ihre weiteren Ausführungen bestätigen leider nur zu sehr meine erstmalige Vermutung. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Sie sich in einer längeren Einleitung als polnisch sprechender Oberschlesier hinstellen, der sich berufen fühlt, in der oberdschlesischen Frage auch ein Wortchen mitzureden. Um Ihren Worten, daß Sie es mit Oberschlesien zu tun meinen, besonderen Nachdruck zu verleihen, heben Sie darin übermäßig hervor, wie Sie sich der Pleßer Zureifer so kräftig angenommen haben, daß Sie sich dafür eine kräftige Nase geholt haben. (Es wird wohl ein ganz harmloser Nasenstüber gewesen sein, den Sie durch Erhalt der sogenannten Cholera-, Typhus-, Malaria- und Grot weiß was für Orden genügend verschmerzt haben werden.) Daß Sie sich um Oberschlesien, besonders um den Kreis Pleß, auf sanitärem und hygienischen Gebiete hoch verdient gemacht haben (ich erinnere hier an die planmäßige Bekämpfung der Malaria, das tatkräftige Eintreten für die Zureifer, die Bekämpfung der abscheulichen Unfälle des Alkoholkonsums in der Gegend von Siegfriedsdorf und Willowitz, Ihre Arbeiten auf dem Gebiete der Säuglingspflege u. a.) wird gewiß niemand bestreiten. Inzwischen dürfen Sie, hochgeehrter Herr Kreisarzt, es mir nicht übel nehmen, wenn ich meine Landsleute darauf aufmerksam mache, daß Sie in politischer Beziehung, hm sagen wir, stark verdrängt sind. Ich muß Ihnen sogar einen schlichten Vorwurf machen. Sie behaupten, Sie hätten in Ihrer Jugend sowohl in der Volksschule als auch auf dem Gynasium polnischen Unterricht gehabt, aber nicht viel gelernt. Wenige Zeilen weiter schreiben Sie dagegen, Sie hätten früh den „Katalif“ mit Verständnis lesen können. Ist das nicht ein schlagender Beweis für Ihre Beherrschung des Polnischen? Sie behaupten weiter, Sie hätten nur das Wasserpolnische gelernt und trauen sich nicht zu, daß Sie sich mit einem Bewohner Polens oder Königreich-Polens verständigen könnten. Beides ist zwar eine Zier, aber hochgeehrter Herr Kreisarzt, Sie brauchen sich doch deswegen nicht zu unterziehen. Ich habe Sie polnisch sprechen hören und verstandene Zinnen: Mit Ihren polnischen Sprachkenntnissen können Sie nach Polen, Warschau, Krakau, Lemberg reisen. Sie werden sich überall famos verständigen können. Übrigens scheinen Sie auch noch an das alte bereits abgetane Märchen zu glauben, daß es eine besondere Sprache, das „Wasserpolnisch“, gibt, die mit der hochpolnischen Schriftsprache nur wenig Gemeinsames hat. Wenn Sie sich mit der oberdschlesischen Sprachenfrage näher bekannt gemacht hätten (ich finde es wunderbar, daß Sie dieser gewiß aktuelle Gegenstand nicht mehr interessiert hat), hätten Sie wissen müssen, daß das sogenannte „Wasserpolnisch“ nur in der Phantasie solcher Leute existiert, die entweder die oberdschlesische Mundart oder das Hochpolnische oder gar beide nicht kennen. Tatsache ist, daß die oberdschlesische Mundart sich vom Hochpolnischen weit weniger unterscheidet als z. B. der „schlaffische“ Dialekt vom Schriftdeutschen. Wohl halten der Aussprache des oberdschlesischen Polnisch gewisse Schönheitsfehler an, doch trifft man dasselbe auch bei Deutschen an; es fällt gewiß niemandem ein zu behaupten, der Berliner, der den G-laut so „jottvoll“ ausspricht, spräche Wasserdeutsch.

Nach Ihren eigenen Angaben haben Sie wohl in der Volksschule als auch im Gynasium polnischen Unterricht genommen, um welchen Vorrang Sie mancher Oberschlesier beneidet. Und doch wurden Sie nicht soweit gefördert, daß Sie das Hochpolnische heute nicht verstehen! Und doch haben Sie in Ihrer Jugend den „Katalif“ sogar mit Verständnis gelesen! Was soll man da glauben? Entweder haben Sie das Hochpolnische doch soweit gelernt, daß Sie es verstehen, oder Sie haben eben den „Katalif“ nicht mit Verständnis gelesen. Sie werden nun wohl selbst davon überzeugt sein, daß man nach solchen Ungerechtigkeiten in Ihrer Einleitung nicht an die Wahrheit der weiteren Ausführungen, auf die näher einzugehen, ich mir noch vorbehalten, glauben kann. Gätten Sie doch diese ganze Einleitung fortgelassen und hätten sich mit den Worten eingeführt: „Ich bin der Kreisarzt von Pleß, Mitglied der Freien Vereinigung“ usw.! Da Sie es aber vorgezogen haben, zunächst im Schafpelze aufzutreten, der die Wollschleifen und Reißzähne der „Freien Vereinigung“ nur mühsam verbrüllte, müssen Sie sich jetzt gefallen lassen, daß ich Ihnen in dieser scharfen Weise entgegenetrete, damit ich meine Landsleute vor Ihnen warnen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

S. Pawlowski.

Herrn Dr. Łatacz als Antwort.

„Der Rechtsanwalt ist dazu da, aus den Geraden Krümme zu machen“ (advokato jest na to, a prostego zrobic krzywe). So heißt in Oberschlesien ein polnisches Sprichwort.

Dieses konnte man auf den Artikel des Herrn Rechtsanwalt Dr. Cwał Łatacz in Łosław D. S., „Die Lösung der oberdschlesischen Frage“ (cf. „Der Oberschlesier“ vom 25. 12. 19, Nr. 13) anwenden.

Ich kenne Herrn Rechtsanwalt Dr. Łatacz nicht persönlich, weiß aber nur soviel, daß seine Biographie in einem Dorfe des Kreises Łosław D. S. gestanden, kann also, wie noch aus seinem Namen, der gerade nicht deutsch, auch nicht oberdschlesisch, sondern polnisch ist, schließen, daß er nicht ein Nachkomme der Teutonen, sondern polnischer Herkunft sein dürfte. Außerdem fungiert er als Rechtsanwalt in Łosław D. S., und seine Klienten dürften polnischer Herkunft sein, wie ja die Bevölkerung in Łosław, außer einiger vom „außerwählten Volke Ferne!“ stammenden Nachkommen — die aber auch polnisch kennen — polnisch ist.

Und doch schließt Herr Rechtsanwalt Dr. Ł. in seinem Artikel auf folgenden Urteil:

„Der Oberschlesier ist weder Großpolen noch Groß-

deutscher. Er ist durch jahrhundertlange Kulturgemeinschaft, Religion und Verwandtschaft innerlich fest zusammenhängendes Mißwolk deutscher und polnischer Zunge.“

Ich will ja nicht beim Herrn Dr. Ł. untersuchen, ob das bei ihm so ist — denn Ausnahmen, die man in der Natur auch Kinder nennt, gibt es überall. Wozu aber vor die Worte „Pole“ und „Deutscher“ das Epitheton „Groß“ zu setzen? Da haben wir es dann schon einfacher mit dem ganzen Beweis.

Rätmlich:

1) Es gibt nur eins: Entweder bin ich Pole oder Deutscher. Was für ein Blut in meinen Adern fließt, dessen Nation gehöre ich an. Somit: sind meine Eltern polnisch, dann bin ich auch Pole, sind sie deutsch, dann gehöre ich ebenfalls zur deutschen Nation.

2) Könnte man einwenden, wo der eine Teil (Vater oder Mutter) polnischer, der andere deutscher Abstammung ist, überwiegt dann die Erziehung. Aber hieraus folgt noch lange nicht, daß das Volk gemischt ist in Oberschlesien. Dieser Beweis dürfte wohl jedem genügen, daß es mit dem „Mißwolk“ so-fo ist, d. h. daß es so etwas überhaupt nicht gibt.

Aber Herr Dr. Ł. wirft seinem „Mißwolk“ noch etwas vor:

„Darum ist das oberdschlesische Volk national indifferent.“

Herr Rechtsanwalt etwas langsam; denn:

1) die Kundgebungen des oberdschlesischen „Mißwolk“ am 1. Mai 1919. Erinnern Sie sich noch daran, wo nur auf 24 (in Worten vierundzwanzig) Stunden zu Ehren der „Erundungsjahre (?) der deutschen Revolution“ in Oberschlesien der Belagerungszustand gefallen ist, was gab es da in Oberschlesien, auch in Ihrer Wirkungsstadt Łosław D. S., Rhythmus? Erinnern Sie sich, Herr Rechtsanwalt nicht daran, daß es deutsche und polnische Kundgebungen überall in Oberschlesien gegeben? Warum ging man denn nicht „gemeinsam“? Wäre das damals selbst in Łosław D. S., und da war die Masse des Volkes, vor der ich am Ringe sprach, national indifferent? O nein, das gibt es nicht, jeder nach seinem Gewissam, der eine ist deutsch, der andere polnisch national, was die Kundgebungen der vielen Tausenden am 1. Mai 1919 und

2) die Wahlen für die Kommunen bewiesen haben.

Wäre es so, wie Sie Herr Rechtsanwalt, sagen, dann wäre doch Herr Staatskommissar Höring (seligen Andenkens) bei den Wahlen — und ebenfalls die heutigen Zeitungen, wie „Ostdeutsche Morgenpost“, Kattowitzer Zeitung, mit ihren „urdeutschen“ Herzen nicht reingefallen. Warum haben denn die Behörden — die doch auch von einem „Mißwolk“ hätten wissen müssen — Listen für „polnische nationale Partei“ aufstellen lassen? Doch wohl, weil es Polen in Oberschlesien gibt.

Aber ich hätte ja einen Beweis vergessen, also:

3) Was war denn der Aufruf im vorigen Jahre in Oberschlesien? Wäre denn der etwa aus „nationalen Indifferentismus“ von einem „Mißwolk“ inszeniert worden? — O nein, auch hier stimmt Herr Rechtsanwalt Ihr Beweis nicht.

4) Wenn ich Ihnen, Herr Rechtsanwalt nicht zugehen sollte, so will ich Ihnen noch einiger deutscher Professoren Urteile anführen:

a) Prof. Dr. Johannes Zieturich aus Breslau i. Schl. hat ein Buch herausgegeben: Titel: Hundert Jahre schlesischer Agrarrechtskunde, Breslau 1915. Hier spricht der deutsche Gelehrte Seite 328—353 § 3 über „Die Agrarreform in Polnisch-Schlesien.“ Hören Sie nur, bitte, Herr Rechtsanwalt Dr. Łatacz, was er dort sagt und noch dazu über ihren Heimatkreis, er nennt ihn als einen, „der zu Polnisch-Schlesien gehört“, . . . und sofort begann man wenigstens in einigen polnisch-schlesischen Kreisen mit den Robotgärtnern aufzutreten, von denen der Kreis Łosław-Gleiwitz (i. Z. 1767) 2172, im Jahre 1817 2113 „solcher Frei- und Robotgärtner“ zählte.

b) Prof. „Schummels Reize durch Schlesien im Julius und August 1791“ sagt: „Beginnen wir keinen Prozeß mit den deutschen Schlesiern; denn vor dem Tribunal der Gerechtigkeit werden wir ihn verlieren.“

Sier folgt doch (solche Urteile könnte ich Ihnen en masse anführen), daß es Polen in Schlesien sogar, ich sage nur in Oberschlesien gibt, wie auch zugezogene Deutsche, aber kein „Mißwolk“ und noch dazu „nationalindifferent“.

Seien wir ehrlich und schaffen wir kein aus „national indifferenten Mißwolk“ bestehendes Oberschlesien, auf daß ich Ihnen, Herr Rechtsanwalt, das polnische Sprichwort in Oberschlesien nicht in Erfüllung geht, das ich als Titel meiner Zeile angeführt habe.

Wenn wir noch das Urteil des Herrn Seminarprorektors Volkmer aus Pilgowitz zu Ihrem Artikel, Herr Rechtsanwalt, hinzufügen, so würde es sein: Oberschlesien ist „ein aus einem nationalindifferenten Mißwolk bestehendes, mit einer Hausprache (soll heißen polnischer) ausstaffiertes Land“.

Die Neuordnung der Strafjustiz.

Von Erich Barzhaner, Amtsrichter in Kattowitz.

Daß die Umwälzung des gesamten öffentlichen Lebens auch eine Erneuerung des Gerichtswesens im Gefolge haben würde, war vorauszusehen. Dies umfomehr, als schon geraume Zeit vor dem Kriege eine großzügige Reformierung des Strafrechtswesens und des strafgerichtlichen Verfahrens in Angriff genommen worden war. An die damals verfolgten Grundziele knüpft der „Vorläufige Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes“ an, der mit erläuternden Bemerkungen versehen, in Nr. 621 der „Deutschen allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht ist. Es handelt sich zunächst nur um die Neuordnung des Strafverfahrens und zwar nur um die Änderungen der Gerichtsverfassung, soweit sie für das Strafverfahren in Frage kommt. Die wesentlichsten Grundzüge, die der Entwurf zum Ausdruck bringt, sind folgende:

Die Zuständigkeit der Schöffengerichte, die aber ihren bisherigen Namen verlieren und in Zukunft schließlich in Amtsgerichte heißen werden, wird erheblich erweitert. Das künftige Amtsgericht ist in Strafsachen zur Entschei-

dung berufen über alle Straftaten, die nicht zur Zuständigkeit des Schwurgerichts oder des Reichsgerichts gehören. Insbesondere wird das Amtsgericht zuständig für alle Übertretungen, Vergehen und den größten Teil aller Verbrechen, auch derjenigen, die bisher der Zuständigkeit der Strafkammer und des Schwurgerichts unterlagen. Es sind dies unter anderem schwerer Diebstahl, die schwersten Fälle von Urkundenfälschung, Verbrechen im Umte. Ausnahmslos ist das Amtsgericht zuständig für alle Straftaten, die von Jugendlichen im Alter bis zu 18 Jahren begangen werden, also in diesem Falle auch für Mord, Raub, Meineid. Die Strafkammern hören auf, Gerichte erster Instanz zu sein und sind nur noch zuständig als Berufungsgerichte gegenüber den Amtsgerichten. Das Schwurgericht bleibt in seiner Zuständigkeit ziemlich unverändert bis auf die Verbrechen, die dem Amtsgericht, zugewiesen sind und ferner mit der Maßgabe, daß die wichtigeren Verbrechen seiner Beurteilung unterliegen. Die Strafgerichte werden mit Ausnahme des Reichsgerichts in Zukunft sämtlich unter Mitwirkung von Laienrichtern entscheiden und zwar die Amtsgerichte und das Schwurgericht in der bisherigen Besetzung, die Strafkammer in der Besetzung mit 2 Juristen und 3 Volksrichtern. Da gegen jedes Urteil des Amtsgerichtes die Berufung an die Strafkammer gegeben ist, so wird der alte Wunsch nach der grundsätzlichen Einführung der Berufung in Strafsachen erfüllt. Bisher war gegen die große Anzahl von Urteilen, die von den Strafkammern und den Schwurgerichten in erster Instanz gefällt wurden, nicht die Berufung, sondern die Revision zulässig, das heißt der Tatbestand, den das erste Gericht festgestellt hatte, konnte in der zweiten Instanz nicht angegriffen werden. Der Angriff gegen das Urteil mußte sich vielmehr darauf stützen, daß die Anwendung des Gesetzes auf den festgestellten Tatbestand fehlerhaft gewesen sei. Es konnte daher vor allem auch gegen eine zu harte Bestrafung in einer großen Zahl von Strafsachen, und zwar gerade in den schwersten, nicht angegriffen werden. Das wird nun anders, wenn, wie es der Entwurf vorsieht, die Berufung gegen die Urteile der Amtsgerichte unbeschränkt freisteht, da eben das Amtsgericht den größten Teil aller Strafsachen aburteilt. Gegen die Urteile der Strafkammer und des Schwurgerichts ist auch in Zukunft nur die Revision, die aber Rechtskrüge heißen soll, zulässig.

Bei der geplanten Neuordnung der Gerichte wird eine erhebliche Steigerung des Bedarfs an Volksrichtern zu erwarten sein. Schon jetzt flagen viele Volksfreie darüber, daß sie zu häufig als Schöffen und Geschworene in Anspruch genommen werden. Ein gewisser Ausgleich wird allerdings in Zukunft erwartet von der Erweiterung des Kreises, aus dem die Volksrichter genommen werden, wobei insbesondere die Mitwirkung der Frauen in Betracht kommt. Bisher waren die Volksschullehrer im allgemeinen von der Mitwirkung im Schöffen- und Schwurgericht ausgeschlossen, natürlich nicht aus Mißachtung des Standes, sondern um den Schulbetrieb nicht zu stören. Das soll in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Vielmehr soll der Ausschluß der Lehrerschaft auf die Lehrer an einflussreichen Schulen beschränkt sein. Auch die Dienstboten, die bisher nicht Schöffen werden sollten, werden in Zukunft zu dem Amte als Schöffen und Geschworene zugezogen werden. Ganz besonderen Wert legt der Entwurf mit Rücksicht auf die durch die Reichsversammlung begründete Gleichstellung der Geschlechter auf die Teilnahme der Frauen. Dabei weist er der Frau insoweit ihrer besonderen Artung die Aufgabe zu, an der Aburteilung von Frauen und Jugendlichen mitzuwirken. Die Vorlage empfiehlt in diesen Fällen, bei den Amtsgerichten einen Mann und eine Frau, bei den Strafkammern einen Mann und zwei Frauen und bei den Schwurgerichten sieben Männer und fünf Frauen als Volksrichter zu berufen. Damit soll erreicht werden, daß bei Frauen und Jugendlichen kein endgültiger Schuldspruch gegen den Willen der Frauen erfolgen kann. Um den besonderen Hindernissen, die für die Frauen aus den körperlichen Zuständen, sowie aus ihren häuslichen Pflichten erwachsen können, Rechnung zu tragen, wird für derartige Fälle ein Ablehnungsrecht geschaffen. Einen weiteren Ausgleich gegenüber der Vergrößerung des Volksrichterbedarfs erwartet der Entwurf von der in der künftigen Strafprozessordnung geplanten Vorrichtung, wonach der Amtsrichter bei Vergehen und Übertretungen, wenn der Angeklagte keine Einwendungen erhebt, ohne Zuziehung von Schöffen urteilen kann. Diese Vorrichtung geht erheblich hinaus über das bisher geltende Recht. Es war bisher dem Amtsrichter gestattet, in Übertretungssachen, wenn der Angeklagte vorgeführt wird und geständig ist, ohne Schöffen zu urteilen. Diese vereinfachte Art der Rechtsprechung, die übrigens meines Wissens überaus selten angewendet wird, soll nun in Zukunft ausgedehnt werden auf alle Vergehen, also auch Diebstahl, Körperverletzung, Beleidigungen, Betrug, Unterschlagung usw., und sodann, wohl auch auf die Fälle, in denen der Angeklagte zwar nicht geständig, aber mit der Nichtzuziehung von Schöffen einverstanden ist. Der Entwurf hofft, vielleicht etwas optimistisch, daß sich auf diese Weise der größte Teil der kleineren Strafsachen in diesem auch sonst vereinfachten Verfahren erledigen wird.

Die Rechtsanwaltschaft hat es schon seit langer Zeit mit Recht als entwürdigend empfunden, daß der Rechtsanwalt in der Hauptverhandlung wegen Ungebühr bestraft werden kann, während dieses Recht dem Staatsanwalt gegenüber nicht bestand. Die Ungebührstrafe gegen Rechtsanwälte wird dem Wunsche der Anwaltschaft entsprechend beseitigt.

Die weiteren Änderungen des Entwurfes betreffen nur formale Vorrichtungen, durch die das Gerichtsverfassungsgesetz der neuen Reichsverfassung angepaßt wird. Die grundlegenden Bestimmungen über lebenslängliche Anstellung, Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter und das Verbot der Ausnahmegerichte finden sich bereits in der Reichsverfassung und konnten daher im Gerichtsverfassungsgesetz nicht wiederholt werden. Der Zwang zur Ableistung des religiösen Eides ist gleichfalls durch die Verfassung beseitigt. Es ist daher auch bei der Vereidigung der Schöffen und Geschworenen zugelassen, daß der Schwörende sich auf die Erklärung beschränkt: „Ich schwöre.“

Über den Entwurf wird noch mehr zu sagen sein, wenn erst die angekündigte Reform der Strafprozessordnung der Öffentlichkeit vorgelegt sein wird. Die allgemeine Richtung geht dahin, den Laien den Zugang zur Strafjustiz immer mehr zu öffnen. Es sind naturgemäß hierfür im Wesentlichen politische, nicht juristische Gründe maßgebend. An eine Beteiligung des Schwurgerichts ist unter den obwaltenden Umständen nicht zu denken. In den erläuternden Bemerkungen des Entwurfes ist das Schwurgericht eine „vom Volke hochgehaltene“ Einrichtung genannt. Diefelbe Tendenz zeigt die völlige Aufgabe der reinen Juristengerichte in der Strafjustiz. Die Entwicklung führt in gerader Linie zum reinen Volksgericht.

Nachdenkliches zur ober-schlesischen Frage aus dem Leben und Wirken eines zweisprachigen ober-schlesischen Lehrers.

Nach meiner Schulzeit, während welcher wir polnisch sprechende Kinder den deutschen Unterricht als etwas Selbstverständliches hinnahmen, machte mich später im Seminar die Gewährung von Stipendien an rein deutsche Schüler stutzig, welche außer den üblichen Unterrichtsgeldern einmal im Jahre gezahlt wurden und bei uns Zweisprachigen zweifelhaftes Gesicht ausliefen. Meine hierauf folgende fünfundzwanzigjährige Dienstzeit verließ in selbstverständlich-pflichtmäßiger und überzeugungsstreuere Erfüllung aller Dienstvorschriften ohne Nachdenklichkeiten, auch in Germanisationsbestrebungen nicht. Als ich aber als Soldat in einem Landwehrregiment beim Vormarsch im Osten nach dem Waffenstillstand über die Frontlinie hinaus bis beihaue an den Dnjepr immer noch polnische Dörfer, vereinzelte polnische Kolonien oder auch nur infelhaft wohnende polnische Familien, besonders unter den Gutsbesitzern, antraf, jaunte ich über die große Ausdehnung des Landesgebietes, das mit Polen bewohnt ist. Da die anderen Bewohner zur Verständigung im Polnischen über genügend Wortschatz verfügten, welcher auch möglicherweise größtenteils dem Polnischen verwandt, aber dem Russischen entlehnt sein mochte, so ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß man es hier mit russifizierten Polen zu tun hat. Allerdings läßt der Kulturzustand, in dem sich dieses Volk befindet, viel zu wünschen übrig. Weil ich in den längst dahin gegangenen, aber aus meiner in Oberschlesien verlebten Jugend in Erinnerung behaltenden vielen alten Einrichtungen, Sitten, Gebräuchen und Sprachgepflogenheiten Anfänge an den noch jetzigen polnischen Zustand, ja in manchen Punkten sogar völlige Übereinstimmung, erkannt habe, so hat es mich mit rastloser Bewunderung erfüllt, daß das seit 700 Jahren von Polen losgelöste Oberschlesien in so kurzer Zeitspanne meines Lebens die vielen früher gemeinsamen alten Reste der Antikultur unter der schneidigen, aber fürsorglichen deutschen Herrschaft der letzten Jahrzehnte bis heute fast vollends von sich abgestreift und sich zum Niveau des Kulturzustandes des übrigen Deutschland herausgehoben hat.

Außer meinen Privatreisen in die rein deutschen Gegenden hat mir auch der Rückzug im November 1918 gute Gelegenheiten gegeben, den Stand der Kultur im westlichen Deutschland zu beobachten und zu vergleichen. Ich neige nun allzusehr dazu, daß die Antikultur in Polen auf das Konto der untätigen und mehr oder weniger fortrudierenden russischen Regierung zu setzen ist. Die Russen behandelten die Polen aus bösem Willen stiefmütterlich. Unsere vor dem Kriege tabulösen Verhältnisse sind unserer deutschen Regierung zu verdanken, obgleich auch hier mancher Vorwurf der stiefmütterlichen Behandlung laut geworden ist. Die augenfällig fast unvertäglichen Lebensverhältnisse sind hoffentlich doch nur eine vorübergehende Erscheinung, hervorgerufen durch den Mißerfolg des Krieges und durch die Staatsumwälzung. Mit mir haben wohl recht viele zweisprachigen Oberlehrer die feste Zuversicht, daß sich aus diesem allgemeinen Wirrwarr über kurz oder lang wieder die gute, deutsche Ordnung und angenehme Lebensverhältnisse herauskristallisieren werden.

Da bislang tatsächlich viele Beamtenstellen mit meist westdeutschen, dem hiesigen Lehrer fremden und vielfach auch unverständlichen Schulinspektoren besetzt gewesen und noch sind unter Zurückführung der einheimischen Intelligenz, so erwachte bei den letzteren der bedrückte gekränkte Ehrgeiz und trieb recht verschiedene jonderbare Formen der Unzufriedenheit. Hoffen wir für die Zukunft unter anderen Verhältnissen auch in dieser Beziehung eine gerechtere Würdigung des Oberlehrers, und dies können wir dann auch als eine der segensbringenden Folgen des Weltkrieges betrachten.

Auf dem Schulgebiete, besonders in inneren Schulbetrieben, gibt es noch heute etwas, was nachdenklich macht, weil es die zweisprachigen Lehrer benachteiligt. Die rein deutschen Lehrer haben vorerst schon im Seminar Vorteile genossen. Jetzt genießen sie sie wieder, indem sie keine oder nur ausnahmsweise eine der jetzt gebildeten gemischtsprachigen Klassen zu unterrichten brauchen. Ihr Unterricht gestaltet sich auf diese Weise viel leichter und die Erfolge ihrer Arbeit sind viel schneller zu erkennen, als dies der Fall ist in einer anderen Klasse, in welcher der zweisprachige Lehrer auch polnischen Les-, Schreib- und Religionsunterricht zu erteilen hat. Indem er gleichzeitig zwei sich gegenständig aufreißende, mindestens aber einander hemmende Aufgaben an den Schülern zu bewältigen hat, tritt ihm noch eine dritte unangenehme Folge des polnischen Unterrichts in die Quere, und das ist die in der intensiven Vorbereitung, die der deutsche Unterricht in so hohem Maße nicht verlangt. Es ist wohl glaubhaft, daß es fast keine deutsche Lehrer gibt, die das Polnische ebenso beherrschen, wie das Deutsche, und doch weigert man sich, die viel schwierigere und plötzlich so norwendige, sojaguen aus der Klemme rettende Arbeit des zweisprachigen Lehrers in der Jetztzeit anerkennen und sie auch dementsprechend gerechterweise zu entschädigen. Und diese Weigerung ist es, die mich wieder stutzig macht. Man ist versucht, hinter dieser Weigerung, die nicht allerorts besteht, eine rücksichtslose weitere Zurücksetzung des zweisprachigen Oberlehrers zu wittern. Erst hatte man eine viel schwierigere Ausbildungszeit und nun, da man im Dienste ergraut ist, ohne eine selbständige Stelle erreicht zu haben, wegen des allgemein geltenden Grundes der Unabkömmlichkeit aus dem Industriebezirk, muß man

zuguterletzt wieder die doppelte, ja dreifache, aber nur einfach bezahlte Arbeit leisten.

Ferner macht einen unparteiischen Menschen die Weigerung stutzig, daß die vielfach ins Leben gerufenen polnischen Unterrichts- bzw. Fortbildungskurse nicht nur nicht finanziert werden, um das christliche Bestreben der Lehrer, in ihrem schwierigen Unterrichte den Schülern gerecht zu werden, möglich zu unterstützen, sondern man ist eher geneigt zu glauben, daß derartige Veranstaltungen besonders den wünschig noch reaktionär gesinnten Behörden ein Dorn im Auge bedeuten. Warum veranstaltet und bezahlte man gern Spieltur, Zeichenkurse, Turnkurse, Singkurse, Handfertigkeitsturse und schließlich noch andere? Hier ist ein wunder Punkt, der viele stutzig macht und auch manche in andere Lager schieben läßt, wie dies die Zustimmungszuschriften an die politischen Zeitungen und an den „Weißen Adler“ beweisen.

Es muß verlangen werden, daß auch in dieser Beziehung dem polnisch sprechenden Volke Gleichberechtigung zuerkannt werde, um sich dadurch dankbare, die Abstimmung sicher günstig beeinflussende Kräfte geistig zu machen bzw. zu erhalten. Man unterschätze die Beeinflussung des Volkes durch die zweisprachigen Lehrer nicht, man bedenke, daß gerade sie als die Ithigen des Volkes in Vereinen oder Organisationen gleichsam das Volk in ihrer Hand haben und daß man auch heute noch auf den Rat des Lehrers gern hört, obgleich er mit seinen jetzigen Einkünften manchmal recht weit hinter einen unqualifizierten Arbeiter rangiert und wieder wie in alten Zeiten zum armen Dorfschulmeisterlein herabgesunken ist.

Wir leben jetzt in der Zeit der Sozialisierung. Man soll also auch in Schulbetrieben sozial handeln und walten. Der demokratische Knüppelstängel, welcher vom Ministerium schon recht hochtönend verpöht worden ist, mag dazu beitragen, daß das frühere Unrecht an zweisprachigen Oberlehrer gut gemacht wird, wozu jeder pflichttreue Lehrer ein gutes Recht hat.

Anton Reznikent.

Weniger Knüppelpädagogik!

Ein Beitrag zur Volkspädagogik in Oberschlesien.

Schillers Wort, daß die Welt durch Hunger und Liebe regiert werde, ist eine Halb Wahrheit. Es gibt noch andere Mächte, die tief und stark in das Leben des einzelnen und ganzer Gemeinschaften eingreifen. Eine der bedeutsamsten ist das Geltungsbedürfnis. Niemand erträgt es auf die Dauer als minderwertig neben andern dazustehen. Er will auch was sein, und kann ers nicht im Guten werden, so wird ers im Bösen. Jedermann kennt die Geschichte von Herodotus, der gern berüchtigt werden wollte und zu diesem Zwecke den Artemisempel von Ephesus in Brand steckte. So weit vertritt sich ein sonst guter Trieb, wenn er sich nicht ordnungsmäßig auswirken kann.

Der polnischsprechende Oberlehrer gehört fast durchweg den unteren Volksschichten an. Auf ihm lastet die Wucht der deutschen Oberschicht, die ihn von vornherein als etwas Minderwertiges erscheinen läßt. Der Deutsche ist fast durchweg reicher und angesehenere als sein polnischer Mitbürger, er verfügt über eine höhere Bildung, über bessere Manieren. Auch von dem größeren inneren Reichtum des Deutschen haben die meisten polnischen Oberlehrer wenigstens eine schwache Ahnung. Ein unbestimmtes Gefühl sagt ihnen, daß dort, wo der Deutsche reiche geschichtliche Erinnerungen, eine ruhmvolle Vergangenheit, eine entwickelte Mythologie besitzt, bei ihm fast völlige Leere herrscht. Es ist der Unterdrückten von Reich und Arm, der unvermerkt damit zum deutsch-polnischen Gegensatz wird.

Wie wird nun dieser Sachlage Rechnung getragen? Auf deutscher Seite jedenfalls sehr unvollkommen. Es geschieht leider noch alle Tage, daß unverständiger Heißhohn durch taktlose Bemerkungen über die „dummen Polaken“ die schwachen Reste des Selbstgefühls niederzuknuppeln sucht. Wie leicht hat es der Deutsche, in Oberschlesien moralische Eroberungen zu machen, und wie wenig nützt er die Gunt der Lage! Die unteren Volksschichten drängen nach oben und schließen sich, wenn sie wirtschaftlich oder dem Bildungsgrade nach eine gehobene Stufe erreicht haben, fast durchweg dem Deutschtum an. Hier aber stoßen sie auf überheblichkeit und Kapengeiz. Wie oft sieht man es, daß ein biederer polnischer Mann, der sich bemüht, schlecht und recht deutsch zu sprechen, wegen seiner fehlerhaften Sprachweise belächelt wird. Die das tun, können meist selbst noch nicht richtig deutsch sprechen. Aber sie gelten in den Augen des Ausgelachten als Deutsche, und Entgehnungen solcher Art zählen zu Lasten des Deutschtums.

Aber auch höhergebildete verfallen nicht selten in den gleichen Fehler. Wir jagte einst ein Apotheker, er tue sehr viel fürs Deutschtum, denn fast täglich schmause er die Leute, die polnisch zu ihm sprechen, dieshalb an. Und in Warschau sollen deutsche Offiziere ihre Hunde „Panie“ gerufen haben. Wozu solche Torheiten, die doch nur reizen! Wie wollen wir jemals zum gegenseitigen Verstehen kommen, wenn nicht einmal der höhergebildete Oberlehrer durchweg politisch so gut gekult ist, um zu wissen, was er dem Frieden schadet! Da ist der Italiener höflicher und zugleich ein besserer Psychologe. Wer in seligen Friedenszeiten keine Italienreise gemacht und dabei versucht hat, seinen bescheidenen italienischen Sprachschatz zu verwerten, erinnert sich vielleicht, daß ihm die italienischen Frauen und Mädchen freundlich versicherten, er spreche schon sehr gut italienisch. Das ermuntert und gewinnt. In dieser Hinsicht ist der gebildete Pole, der in Oberschlesien auf moralische Eroberungen ausieht, dem Deutschen zweifellos überlegen. Eine scharfe Kasernenabgrenzung gibt es bei ihm nicht; in den Vereinen verkehrt der polnische Arzt, Apotheker und Bankbeamte mit dem Mann aus dem Volke wie mit seinesgleichen. Und dieser betrachtet ihn als seinesgleichen und ist stolz darauf, daß es auch bei den Polen „seine Leute“ gibt und nicht nur bei den Deutschen. Auf den Kräfteverhältnissen steht man vornehm und gering bunt durcheinander beim Volksspiele, während sich bei uns jeder, der sich für etwas Besseres hält, schleunigst einen weißen Sportanzug kauft und sich auf dem Tennisplatz vornehm absondert.

Der Kampf ist nach Heraklit der Vater von allem. Wo wir hinschauen in Natur und Leben, gibt es Kampf und Widerstreit, gibt es ein gegenseitiges Meßen der Kräfte, das zur Auslese führt. Kampf wird es auch dort immer geben, wo sich die Völker berühren, also auch zwischen deutsch und polnisch in Oberschlesien; der ewige Friede ist auch hier ein schöner Traum. Aber es ist nicht nötig, daß der Kampf mit verärgerten Waffen geführt wird. Es löst sich bei gegenseitigen guten Willen erreichen, daß er immer mehr das wird, was in einer hoffentlich nicht allzufernen Zukunft unter Kulturvölkern jeder Kampf sein wird: ein wirtschaftlicher oder kultureller Wettstreit. Dann aber wird im Kampfe um die ober-schlesische Volksseele derjenige der Sieger sein, der sich auf die Volksseele besser versteht. Nicht nur rein menschlich — um des lieben Friedens willen — nein, auch polnisch heißt daher das Gebot des Tages: Mehr Psychologie und weniger Knüppelpädagogik.

Ober-schlesische Sportnachrichten.

Umschau.

Nach dem Hochbetrieb der Weihnachtsfeier und des Neujahrs geht in Oberschlesien eine gewisse Ruhe im Sport ein, die auch ihren Grund in dem vorausgehenden Eisenbahnstreik, der nun leider zur Tafelade geworden ist, hat. Dennoch sind uns wieder einmal die abgeschlossenen sportlichen Veranstaltungen ins Wasser gefallen, denn kein Verein wird es riskieren, jetzt nach auswärts zu fahren, auf die Gefahr hin, nicht mehr zurückkommen zu können. Es kommen also für den nächsten und vielleicht auch für die weiteren Sonntage nur sportliche Veranstaltungen unter den Lokalgegnern zum Austrag. Den Katowitzer Pokal hat nun, wie eigentlich zu erwarten war, Preußen in der Tasche. Wir bringen über dieses wichtige Treiben einen Sonderbericht. Der Sieger des Katowitzer Pokals dürfte wohl an diesem nicht die richtige Sportfreude haben, da das Spiel vom Ober-schlesischen Meister, Turn-Verein Borussia, Gleiwitz, vorzeitig abgebrochen wurde. — In Hockeys führt immer noch Preußen 66 Katowitz, mit zwei gut eingepackten Damen- und Herrenmannschaften. Hoffentlich bekommen sie nach dem für Anfang Februar beabsichtigten Propagandaspiele in Gelsen von dort aus einen anständigen Gegner. — Die Hoffnungen der Winterpreußen sind durch das anhaltende Tauwetter wieder einmal in die Ferne gerückt, vielleicht sind sie auch schon ganz auf den nächsten Winter zu verlegen.

Sußball.

Preußen Katowitz gewinnt den Weihnachtspokal mit 4:1 gegen T. V. Hohenloshütte.

Dies mit vieler Spannung erwartete Spiel um den Weihnachtspokal hat nun sein Ende erreicht. Den Sieger voranzujagen war diesmal sehr schwer, da Hohenloshütte eine geschickte Mannschaft ist, welche den hiesigen Galenzen mit 5:2 überlegen schlagen konnte, während die Preußen-Mannschaft sehr nachgelassen hatte. In diesem Spiel bejagte sich jedoch Preußen wieder auf seine früheren Leistungen und konnte die sympathische Elf der Hohenloshütter glatt schlagen. Während Preußen wieder Erfolg einfließen mußte, hatte der Gegner seine Verteidigung durch einen neuen Spieler verstärkt, der sich sehr gut bewährte. Reichlich unsicher erschien der Preußen-Tormann Gräbner, was wohl auf das lange Aussehen zurückzuführen ist. Das beste an der Mannschaft war die Läuferreihe, während im Sturm Wallisch am besten gefiel. In der Hohenloshütter Mannschaft war der Tormann nicht Verteidigung der beste Teil, während die Läufer nach halbtzig abfielen. Im Sturm war der Mittelstürmer der beste Mann. — Nach Anstoß entwickelte sich gleich ein schnelles Spiel, indem Preußen sofort die Offenheit ergriß und sich minutenlang vor dem gegnerischen Tor festhielt. Unzählige Schüsse hagelten auf das Tor Hohenloshüttes, aber der gute Tormann ist unüberwindlich und hält alles. Jedoch kann er es nicht verhindern, daß ein plagiierter Schuß des Mittelstürmers Nowara zum ersten Male im Netz landet. Ein zweites Tor erzielt Preußen, indem ein hoher Ball des Verteidigers ins Tor geht. Nun rafft sich Hohenloshütte auf und unternimmt auch gefährliche Angriffe auf das Preußen-Tor, welche jedoch von der guten Verteidigung vorläufig alle beiseite geworfen werden. Auf und ab geht der Ball. Da unternimmt der Rechtsaußen Hohenloshüttes einen schnellen Durchbruch. Die herein-gegebene Flanke verwandelt der Mittelstürmer direkt aus der Luft zum ersten Tor für Hohenloshütte. Kurze Zeit darauf Halbzeit (2:1). Glaube man nun, daß die Turner, die nun die Sonne im Rücken haben, im Vorteil sein würden, so sah man sich getäuscht. Preußen greift weiter an und unzählige Schüsse Paluschinsky und Kontepols verfehlen knapp ihr Ziel oder werden vom Tormann glänzend gehalten, bis es endlich Paluschinsky gelingt, Nr. 3 für Preußen zu erzielen. Wallisch beschließt den Kampf mit einem weiteren Tor, womit das spannende Spiel mit 4:1 für Preußen sein Ende hat.

Sportverein Scharley — Spiel- und Sportverein 1. Michowitz.

Am 4. d. M. standen sich die beiden Vereine am Spielplatz in Scharley im Handballspiel gegenüber. Der teilweise zur Eisbahn verwandelte Platz läßt kein einwandfreies Spiel zu. Scharley spielt mit Erfolg. Gut bewahren sich beide Tormänner, die viel Arbeit hatten. Michowitz zeigt sich im Spiel überlegen, was Scharley durch fortgesetzten Kreuzzug ausgleicht. Je einmal senden Detmar (Mittelsturm) und Plagel (Verteidiger) ein, Dietrich (Halblinks) bucht für Michowitz ein Tor. Halbzeit 2:1 für Scharley. Beide Mannschaften spielen mit 10 Mann. Juchs (Halblinks) drückt noch einmal den Ball durchs Tor. Das Spiel endet mit 3:1 für Sportfreunde Scharley.

Am 11. Januar war infolge vorangegangenen Tauwetters der Sportplatz im Eise, trotz der vorherigen Arbeit mit Schaufel und Sand. Es standen sich Sportfreunde Scharley 1 und S. C. Preußen 16, Laura-hütte 1 im Freundschaftsspiel auf dem Sportplatz in Scharley gegenüber. Trotz der ungünstigen Platzverhältnisse wird auf Wunsch Preußens doch gespielt. Preußen zeigt ein schönes Zusammenspiel, was man bei Scharley noch vermist. Der Mittelstürmer schießt für Preußen ein Tor. Detmar (Sportreife) gleicht durch erfolgreichen Elfer aus. Nach 1/2 Stunde Halbzeit (1:1). Durch Linksaußen (Schaumkell) erhält Scharley das 2. Tor. Das Spiel wird abgebrochen, da so mancher seinen Spielkameraden durch ein unreinwilliges Bad oder durch falsche Spritze abtöte.

Katowitz. Sportverein Ostrog 1919 hatte sich für den vergangenen Sonntag die Mannschaft des in Katowitz befindlichen Reichswehr-Regiments 11 (früher Rühlener 38) als Fußballgegner ausgewählt, die aus diesseitigen Gründen für mit Erfolg spielen mußten. Nach einwandfreiem Spiel konnte Ostrog seinen Gegner mit 8:1 abknütteln, was ihnen bei der vollen Reichswehrmannschaft wohl sehr schwer gefallen wäre. — Ein gleiches Spiel gegen Reichswehr 11 wurde von E. S. Schlesien 07 Katowitz ausgetragen. Hier konnte Regiment 11 mit voller

Mannschaft spielen und beweist ihre Spieltüchtigkeit in einem Siege von 5:1 (Halbzeit 0:1). Es ist bei dieser Mannschaft besonders die gute Disziplin und vorbildliche Sportliebe zu erwähnen.

Cosel D.-S. Verein Coseler Sportfreunde gegen Spiel- und Sport-Verein Pogorzelleh (14:0). (4:0).

Vor einer zahlreichen Zuschauermenge standen sich obige Mannschaften im Freundschaftsspiel gegenüber. Es gewinnt den Anschein, daß lokale Wettkämpfe noch größeres Interesse als solche gegen auswärtige Mannschaften erregen. Die junge Mannschaft von Pogorzelleh hatte von vornherein wenig Aussichten auf einen Sieg; umso mehr ist die ausdauernde, faire und mutige Spielweise zu loben. Selten fand der Unparteiische, Herr Richard Jofsko, der das Spiel in einmündiger Weise leitete, Anlaß, einzugreifen. In der ersten Halbzeit fand sich Cosel wenig zusammen, andererseits aber hielt der Torhüter von Pogorzelleh mit viel Technik und Glück. Wiermal war Cosel bis zur Halbzeit erfolgreich. Nach derselben wurde die Pogorzelleher Elf fast ganz eingeschürrt und mußte zwischen, wie noch zumal das Leder ins Spielraum wollte. Beim Stande von 10:0 trennten sich die Gegner. Sportfreunde Cosel setzten damit seinen Siegeslauf fort und darf man auf das am 18. d. M. in Cosel steigende Pokalspiel gegen den Oppelner Bruderverein Sportfreunde umso mehr gespannt sein, als sie in ungeklärter Aufstellung antreten werden.

Familien-Nachrichten.

vom 7.—13. Januar 1920.

a. Geburtsanzeigen.

Eine Tochter: dem Oberingenieur Fritz Lüthmann, Kattowitz; dem

Regierungs- und Baurat Freise, Kattowitz; dem Lehrer Robert Sauer, Heibau. Ein Sohn: dem Ingenieur E. Oppermann, Zewadzki D.-S.; dem Studienassessor H. Schmalz, Reiffe; Herrn Salo Jofskowitz, Beuthen D.-S.; Herrn R. Walter, Königshütte; dem Prof. Krüger, Kattowitz; dem Studienassessor Ernst Thomas, Gleiwitz; Herrn Max Häußler, Kattowitz; Herrn Dr. Tafel, Weidenhütte.

b) Verlobungsanzeigen.

Zusanne Stork, Schönwald — Gottlieb Baros, Pleß D.-S.; Kläre Schierek, Audro — Karl Mühmel, Kreuzburg; Hanna Jalin, Gr.-Strechitz — Dr. Walter Hüffe, Halle; Margarete Vogl, Bielitz — Eisenbahngütervorsteher Erich Komitsch, Kattowitz; Heddy Hammerling — Herbert Kuberkel beide Beuthen; Zini Unger, Beßsch i. Osierr.-Schl. — Josef Pustelnik, Beuthen D.-S.; Agnes Gaidzik, Kamini — Hermann Schumann, Grünitz i. Thür.; Gertrude Schind, Breslau — Lehrer Franz Klose, Jernitz; Penny Koltun, Königshütte; Alfred Schönfeld, Hindenburg; Sotte Baydel, Oppeln — Landwirt Erich Dinter, Wittendorf; Minna Klose — Geschäftsführer Paul Lerche, beide Ratibor; Anna Fromm, Hindenburg — Richard Jmela, Berlin; Adelheid Scholtyssek, Hindenburg — Alfred Suchan, Malchshau; Etti Strzypczek, Borek — Theo von Köstler, Königshütte; Christa Selle, Myslowitz — Leutnant Bernhard Georgi, Tarnowitz; Heddy Zwadlo, Kattowitz — Ingenieur Richard Glich, Stuttgart; Martel Weitauchel — Richard Burghardt, beide Oppeln; Käte Hofmann, Gleiwitz — cand. med. Richard Schlüter, Gletzin; Alice Heymann, Gliggenburg, Oltpr. — Jacques Catera, Kattowitz.

c) Eheschließungen.

Magda Vogel — Redakteur Heinrich Walloffe, beide Hindenburg.

burg; Erna Müller, Oppeln — Fritz Mader, Kattowitz; Charlotte Brandt — Heinrich Meister, Kattowitz; Helene Trupke — Ingenieur Georg Franz, Kattowitz.

d) Todesanzeigen.

Frau Pauline Risch, 66 Jahr, Reiffe, d. 6. 1.; Frau Louise Knoll, geb. Goffron, 80 Jahr Reiffe, d. 7. 1.; Frau Maria Gafschke, geb. Heintze, 69 Jahr, Reiffe, d. 7. 1.; Bürgermeister a. D. Reinhold Krenser, 78 Jahr, Cosel, d. 5. 1.; Lagerhalter Johann Bartoschek, 46 Jahr, Ghorzow, d. 6. 1.; Frau Franziska Panitz, geb. Kaczmarz, 41 Jahr, Königshütte, d. 5. 1.; Malchinenteiger Arthur Kubitz, 40 Jahr, Buchsch, d. 5. 1.; Lehrer Felix Mufchallik, 58 Jahr, Hopsberg, d. 7. 1.; Wolkereibesitzer Arthur Klose, 32 Jahr, Kattowitz, d. 8. 1.; Kennemeister Otto Freywald, 59 Jahr, Ratko, d. 8. 1.; Malchinenteiler Johann Kowalek, 73 Jahr, Städtchen-Dombrowa, d. 8. 1.; Chauffeur-Kutscher Gustav Kofow, 72 Jahr, Gleiwitz, d. 7. 1.; Frau Auguste Soika, 33 Jahr, Gleiwitz d. 9. 1.; Bauer-gutsbesitzer Julius Kretschmer, 61 Jahr, Tharnau, d. 7. 1.; Bauer-gutsbesitzer Johann Herrmann, 79 Jahr, Heibau, d. 6. 1.; Schneidemeister Jakob Gyris, 68 Jahr, Oppeln, d. 8. 1.; Frau Marie Wejnier, geb. Wofsch, 63 Jahr, Kreuzburg, d. 7. 1.; Kaufmann Friedrich Kaller, 64 Jahr, Beuthen D.-S. d. 9. 1.; Frau Hedwig Banner, geb. Prayrembel, 49 Jahr, Scharley, d. 8. 1.; Frau Karoline Menzel, geb. Kolbe, 76 Jahr, Beuthen D.-S., d. 9. 1.; Frä. Maria Andra, 22 Jahr, Gleiwitz, d. 9. 1.; Frau Erna Hecht, geb. Freilichfeld, 30 Jahr, Bogutsch-Süd, d. 8. 1.; Frau Marie Pohl, 73 Jahr, Kattowitz, d. 9. 1.; Frau Marie Saluz, geb. Hille, 68 Jahr, Kattowitz, d. 5. 1.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Julius Soika.

Oberschlesier leset die neuerschienenen Broschüren:
„Oberschlesiens Schule in der Geschichte“
im Lichte deutscher Schulmänner und Erzieher
von J. Kustos, stud. theol. et phil.
Desgleichen:
„Czego nas uczono w szkołach na Górnym Śląsku“
zebrał i wydał J. Kustos, stud. św. teol. i filoz.
Beide Broschüren sind zu haben zum Preise von je 1.10 Mk.
beim obengenannten Verleger und Herausgeber
Ratibor O.-S., Braustrasse 13 ptr.

Hausbacköfen
sind die besten und sparsamsten Öfen, da mit einem feuern 2-3 mal Brot gebacken werden kann. Die Öfen sind vollständig feuerfester, in jedem Raume aufstellbar und leicht transportabel. Mittlere Größen stets auf Lager.
A. Herrmann & Co.
Ofen-Bau-Anstalt
Dittersbach
bei Waldenburg.
Witwer, Ende 40er Jahre, von fionsber. Beamter in gef. Stellung gefund, mittelgroß, kath., sucht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt.

Leb den Oberschlesier!
Der Ost-Dienst.
Unparteiische und schnellste Berichterstattung aus Osteuropa, besonders Rußland, den Baltischen Staaten, Polen, Ukraine, Rumänien. Jeder der über die Entwicklung der Dinge sowie die politische und wirtschaftliche Lage in den östlichen Ländern sachlich und unparteiisch unterrichtet sein will, muß den dreimal wöchentlich erscheinenden Ost-Dienst lesen.
Bezugspreis für Privatpersonen monatlich Mk. 5.00 für Zeitungen und Korporationen nach Vereinbarung.
Verlag und Redaktion Der Ost-Dienst, Berlin, SW. 68, Zimmerstraße 9.
Jeden Posten guter

Wer verkauft oder verleiht gegen Entschädigung nachstehende Werke:
Regierungsfondukteur Moiss Gruzil, „Elementarbücher“ I, II, III poln.-deutsch.
wahrscheinlich bei der Firma Raabe oder Varon in Oppeln in den Jahren 1834, 1838 und 1840 erschienen.
Růskewski „Lesebuch.“ Zul. Böhm „Sprachbuch.“
Battig „Lesebuch“ u. a. Schriften von Battig.
P. Chryzogonus Reisch „Geschichte des St. Annaberges in Oberschlesien.“
Gefl. Angebote unter „Oberschlesische Autoren“ an die Geschäftsstelle des „Oberschlesiers.“

Lebensgefährtin
mit tadelloser Vergangenheit, eventl. Witwe, mögl. ohne Anhang, häuslich, gemütvoll.
Etwas Vermögen erwünscht, aber nicht Bedingung.
Erfolgsgemeine Angebote mit Bild (Müßl. garantiert) unter **L. 500** a. d. Geschäftsst. d. „Oberschlesiers.“
Ein freundlich möbl. Zimmer
vom 15. d. Mts. ab anständig. Wheeler in Oppeln abgegeben. Ang. unter „Zimmer 7“ a. d. Geschäftsst. dieser Zeitung.

Absatz-Ferkel
zu billigen Tagespreisen, neben ab
Brümmer & Co., Neustettin, Vieh-Handlung.
Fahrräder, Zigaretten
sowie Federn, Schläuche und sämtl. Zubehörs- u. Ersatzteile liefert auch für Wiederverkäufer
Fahrrad-Geschäft Hans Rosyitzka, Berlin N. 20, Kanthstraße 65.
o. M., reiner Tabak, Mk. 19.50 u. M. 21.50, m. Goldm. M. 23.50, Hamburger Cigarrenhaus
P. Wittkowski Nachf., Hamburg, St. Georg, Gurlittstr. Ecke Koppel.

Bes. Einjähr. & Abiturienten Eilcourse
Kant-Pädagogium
Landerziehungsheim I. Raages
Telephon 46 **Canth bei Breslau**
Strenge geregeltes Internat. — Beste ländliche Kost. Vorbereitung bis Prima (reale, gymnasiale, oberrationale und real-gymnasiale Abteilungen). Für schwache Schüler grosser Zeltzueinn. Individuell gezielte Behandlung. Anmel-dungen jederzeit. Glänz. Erfolge. Leiter u. Besitzer Dr. K. Koch

Die Aufbewahrung von
Schmucksachen Wertpapieren Geld
geschieht am sichersten und unauffälligsten durch Einmauerschranke mit dem D.R.P.-Schloß
NOVUM
Paul Brattig
Kattowitz O.-S.

Dienstag, d. 20. 1., 7 1/2 Uhr. Neu einstudiert: „Die schöne Galathee“, Operette von Suppé. Vorher: Großer bunter Teill!
Mittwoch, d. 21. 1., 7 1/2 Uhr: „Ein Walzertraum“.
Donnerstag, d. 22. 1., 7 Uhr: „Hamlet“, Prinz von Dänemark.
Freitag, d. 23. 1., 7 1/2 Uhr. Zum letzten Male: „Die Schöne von Athen“.
Sonnabend, d. 24. 1., 7 1/2 Uhr: „Eine Nacht in Venedig“, Operette in 3 Akten von Strauß.

Wenn Sie nach **Permenphaaugengläser** an-passen.
lassen Sie sich
Optiker Garai, Breslau, Albrechtstr. 4.

Schokolade
100-Gramm-Tafeln hat preiswert abzugeben
Kroker, Camöse b. Maltsch, Schles.

Stadttheater Gleiwitz.
Montag, d. 19. 1. 20, abends 8 Uhr: „Schwarzwaldbüchel“.
Dienstag, d. 20. 1., abends 8 Uhr: „Der Waffenschmied“.
Mittwoch, d. 21. 1., abends 8 Uhr: „Die Ehre“.
Donnerstag, d. 22. 1., abends 8 Uhr: „Der Waffenschmied“.
Freitag, d. 23. 1., abends 8 Uhr: „Der selige Walbwin“.
Sonnabend, d. 24. 1., abends 8 Uhr: „Die Ehre“.
Sonntag, d. 25. 1., nachm.: „Der selige Walbwin“; abends 8 Uhr: „Die Schöne vom Strande“.

Achtung!!
Durch vieles Fehlen meiner Kontrollpostfächer nehme ich an, daß auch Bestellungen an mich verloren gehen.
Zahle 50 Mark Belohnung!
demjenigen, welcher bei mir bestellte Bücher von anderer Firma ge- liefert bekommt oder bekommen hat.
Interessante Mikofsch, Jüdische, Stammtisch-Witze, a Band *M. 2,-*, diese 3 Bände *M. 5,-*.
Die Kunst der gewandten Unterhaltung *M. 2,65.*
Romische Vorträge und Couplets *M. 2,-*.
Die Macht der Persönlichkeit, die Kunst zu beein- flussen *M. 3,60,* diese 3 Bücher *M. 7,-*.
Alle 6 Bücher *Mark 11,- franko!*
Zu beziehen von
Deutschen Versandhaus Dresden 5
Menageriestraße 5.

Oberschlesische Theater Nachrichten.
Mitgeteilt von den Theater-Direktionen.
Stadttheater Beuthen O.-S.
Vom 17. bis 24. Januar 1920.
Sonnabend, d. 17. 1. 20, 7 1/2 Uhr, neu einstudiert: „Ein Walzertraum“.
Sonntag, d. 18. 1., 3 1/2 Uhr, der große Schlager: „Die Schöne von Athen“; abends 7 1/2 Uhr: „Ein Walzertraum“.
Montag, d. 19. 1., 7 Uhr: „Hamlet“, Prinz von Dänemark.

Stadttheater Oppeln.
Sonnabend, d. 17. 1. 20, 4 1/2 Uhr: Kindervorstellung: „Goldhähnchen“.
Sonntag, d. 18. 1., nachm. 3 1/2 Uhr: „Der Putzmacher Seiner Durch- laucht“; abends 7 1/2 Uhr: „Ein armer Aufstante“.
Montag, d. 19. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Auf Befehl der Kaiserin“.
Dienstag, d. 20. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Das Dorf ohne Glocke“.
Mittwoch, d. 21. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Wilhelm Tell“.
Donnerstag, d. 22. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Der gute Ruf“.
Freitag, d. 23. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Auf Befehl der Kaiserin“.
Sonnabend, d. 24. 1., abends 7 1/2 Uhr: „Der gute Ruf“.